

Die Linke – Kommunalwahlprogramm

für Offenbach 2026 in einfacher Sprache

Inhaltsverzeichnis

VORWORT.....	3
GERECHTE BILDUNG FÜR ALLE KINDER IN OFFENBACH!.....	5
DIE LINKE FORDERT:	9
BILDUNG FÜR ALLE – EIN LEBEN LANG.....	11
DIE LINKE FORDERT:	15
UNSER OFFENBACH: ZUSAMMENHALTEN UND FÜREINANDER DA SEIN.....	16
DIE LINKE FORDERT:	21
OFFENBACHER MIETERINNEN UND MIETER ENTLASTEN	23
DIE LINKE FORDERT:	30
WIRTSCHAFT SO GESTALTEN, DASS SIE LANGE GUT BLEIBT!.....	33
DIE LINKE FORDERT:	37
FÜR EIN MOBILES OFFENBACH!.....	38
DIE LINKE FORDERT:	42
FÜR EIN NACHHALTIGES OFFENBACH!.....	43
DIE LINKE FORDERT:	49
FÜR EIN DEMOKRATISCHES OFFENBACH!.....	50
DIE LINKE FORDERT:	52
FÜR LEBENDIGE STADTTEILE IN OFFENBACH!	53
DIE LINKE FORDERT:	56
FÜR EIN FEMINISTISCHES OFFENBACH!	57
DIE LINKE FORDERT:	64
QUEERES LEBEN IN OFFENBACH.....	66
DIE LINKE FORDERT:	68
FÜR EIN KINDER- UND JUGENDGERECHTES OFFENBACH!.....	70
DIE LINKE FORDERT:	75
OFFENBACH SOLL BESSER FÜR ÄLTERE MENSCHEN WERDEN!	76

Vorwort

Egal, ob wir in einer Kinder-Tagesstätte (Kita) arbeiten,
einen Kiosk betreiben,
gerade arbeitslos sind,
studieren oder in Rente leben –
Offenbach ist unsere Stadt.
Hier fühlen wir uns zu Hause.
Hier bauen wir unser Leben auf.
Hier wachsen unsere Kinder auf.
Hier werden wir alt.

Doch immer mehr Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten.
Die Mieten steigen seit Jahren stark.
Die Politik hat zu lange weggesiehen.
Stattdessen hat die Stadt vor allem an Menschen gedacht,
die viel Geld haben.

Wir von der Linken haben eine klare Vorstellung für Offenbach:
Alle sollen sich das Wohnen leisten können.
Wir kämpfen für alle, die hier leben –
egal, wie viel Geld sie haben.
Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle.
Niemand soll zurückgelassen werden.

Damit das gelingt, braucht Offenbach:
Bezahlbare Wohnungen,
damit alle eine Wohnung finden, die sie sich leisten können.
Gute Bus- und Bahnverbindungen,
die für alle bezahlbar sind.

Öffentliche Angebote, die das Leben besser machen:

- genug Kita-Plätze für alle Kinder,
- Jugendzentren als Treffpunkte für junge Menschen,
- Schwimmbäder, Bibliotheken und Krankenhäuser,
- Schulen mit guter Ausstattung,
- viele Parks und Grünflächen zum Erholen.

Diese Dinge sind kein Luxus.
Sie gehören zu einem normalen Leben dazu.
Doch Offenbach hat zu wenig Geld dafür.

Schon lange gibt die Bundesregierung den Städten zu wenig Geld.
Stattdessen gibt sie das Geld für andere Sachen aus:

- Sie macht reiche Menschen noch reicher.
- Sie rüstet das Militär auf.
- Sie schiebt Menschen ab, die Schutz suchen.

Das spaltet die Gesellschaft.

Es sorgt für Streit und Hass.

Dabei wollen alle Menschen eigentlich das Gleiche:

- eine sichere Wohnung,
- einen Job mit gutem Lohn,
- ein Leben, in dem Menschen zusammenhalten.

Wir von Die Linke in Offenbach setzen uns ein:

- für Arbeitende,
- für Menschen mit wenig Geld,
- für queere Menschen,
- für Menschen mit Migrationsgeschichte.

Queere Menschen bedeutet:

Menschen lieben nicht nur das andere Geschlecht.

Oder sie fühlen sich nicht nur als Mann oder als Frau.

Veränderung ist nicht einfach.

Aber wir kämpfen weiter.

Wir verlangen mehr Geld für Offenbach.

Die Situation nehmen wir nicht hin.

Wir wollen sie verbessern.

Wenn wir etwas verändern wollen,
müssen wir uns in Offenbach zusammentun.

Gemeinsam können wir Druck machen und aktiv werden.

Auch die Politik in der Stadt spielt dabei eine wichtige Rolle.

Am 15. März 2026 sind Kommunalwahlen.

Mit deiner Stimme kannst du helfen,
dass Offenbach für alle lebenswert wird.

Gerechte Bildung für alle Kinder in Offenbach!

Kinder aus Arbeiter-Familien,
Kinder mit Migrationsgeschichte
und Kinder mit Behinderungen
haben es im Schulsystem oft schwerer.
Sie werden benachteiligt.

Wir von Die Linke wollen,
dass alle Schülerinnen und Schüler in Offenbach
die gleichen Chancen bekommen.
Bildung soll für alle gerecht sein.

Deshalb fordern wir:
Alle weiterführenden Schulen in Offenbach sollen Gesamtschulen werden.

Eine Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schulformen
verstärkt die Unterschiede zwischen Arm und Reich.
Gesamtschulen haben einen anderen Ansatz:
Hier lernen alle Kinder gemeinsam –
jeder wird nach seinen Stärken und Bedürfnissen gefördert.
So kann die Schule der sozialen Spaltung entgegenwirken.

Das aktuelle Bündnis aus SPD, Grünen und FDP
setzt zu sehr auf Gymnasien.
Das finden wir falsch.

Alle Schulen in Offenbach brauchen:

- genug Platz und gute Räume,
- moderne Ausstattung,
- und ausreichend Lehrkräfte.

Jedes Kind soll einfachen Zugang zu Bildung haben.
Kein Kind darf wegen Geld oder Herkunft benachteiligt werden.

Damit das klappt, brauchen alle Schülerinnen und Schüler:

- Kostenlose digitale Geräte und Internetzugang,
- Räume, in denen sie selbstständig lernen können,
- und Angebote, die sie im Leben stärken –
zum Beispiel bei persönlichen Krisen.

Die Schulsozialarbeit muss besser werden:

- mehr Fachkräfte,
- mehr Angebote,
- ein stärkeres Netzwerk.

Schule soll nicht nur Noten vermitteln,
sondern auch helfen bei:

- Sozialen Fähigkeiten (z. B. wie man gut miteinander umgeht),
- Umgang mit dem Internet (z. B. gegen Cyber-Mobbing),
- Demokratie und Mitbestimmung (z. B. wie man sich einmischt und mitentscheidet).

Schule soll auch ein Ort sein,
an dem Kinder und Jugendliche lernen,
sich für ihre Rechte einzusetzen
und die Gesellschaft mitzugestalten.

Dafür muss der Stadtschülerrat mehr Unterstützung bekommen.
Außerdem braucht es Räume,
in denen Schülerinnen und Schüler sich frei treffen können –
ohne Druck durch Noten oder Unterricht.

Gute Schulgebäude sind die Basis für gutes Lernen.
Doch viele Schulen in Offenbach sind noch immer in einem schlechten Zustand:

- veraltet,
- nicht modern eingerichtet,
- schlecht gegen Hitze geschützt.

Das zeigt den Kindern und Lehrkräften:
Eure Schule ist weniger wert als andere.
Gleichzeitig kann das sogar die Gesundheit gefährden.

Bei allen Bau- und Sanierungsplänen muss gelten:

- Barrierefreiheit von Anfang an,
- die Meinung von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften mit Behinderungen wird
immer gehört.

Der Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen ist wichtig.
Nur so gibt es mehr Gerechtigkeit beim Lernen und bei den Chancen.

Dabei kommt es auf drei Dinge an:

- Gute pädagogische Konzepte für die Betreuung,
- genug Platz und Räume,
- ausreichend Fachkräfte.

Damit alle Kinder in Offenbach davon profitieren,
braucht es vor allem mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter.
Die aktuellen Angebote reichen nicht aus.

Multiprofessionelle Teams – also Fach-Leute aus verschiedenen Bereichen – können früh helfen,
unterstützen die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern
und stehen Kindern in schwierigen Situationen zur Seite.

Kinder mit Behinderungen sollen selbstverständlich
gemeinsam mit allen anderen Kindern zur Schule gehen können.
Das ist ihr Recht.

Doch viele Eltern berichten:
Man rät ihnen ab, ihre Kinder an normalen Schulen anzumelden.
Die Schulen sind oft überfordert –
weil es an Geld, Räumen und Fachkräften fehlt.

Die Stadt Offenbach muss hier mehr tun:
Sie muss sicherstellen,
dass alle Schulen gut vorbereitet sind.
Erst dann wird Inklusion normal –
und alle Kinder können gemeinsam lernen.

Kinder mit Behinderungen,
die Assistenz oder Fahrdienste brauchen,
müssen zuverlässig zur Schule kommen können.
Das muss die Stadt Offenbach garantieren.

In der Vergangenheit gab es oft Probleme:
Assistenzkräfte fehlten,
Fahrdienste fielen aus.
Dadurch konnten manche Kinder nicht am Unterricht teilnehmen.
Das darf nicht sein.

Es muss oberste Priorität haben,
dass alle Kinder sicher und begleitet zur Schule kommen –
jeden Tag.

Wir von Die Linke fordern:
Kostenloses Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler in Offenbach.
Das Essen soll hochwertig sein –
mit viel Bio und regionalen Lebensmitteln.

Für viele Kinder ist gesundes Essen kein Standard.
Ein gutes Mittagessen in der Schule hilft beim Lernen,
förderst das Wohlbefinden
und zeigt: Gesundheit ist wichtig.

Die Linke fordert:

1. Aktuellen Plan für Schulen machen

Die Stadt braucht einen neuen Plan, der zeigt, wie alle Schulen modernisiert werden – mit genug Platz, guter Technik und ohne Barrieren.

2. Inklusion richtig umsetzen

Kinder mit Behinderungen sollen selbstverständlich an normalen Schulen lernen können.

Das ist ihr Recht.

Eltern dürfen nicht länger davon abgehalten werden.

3. Kostenlose Technik für alle Schülerinnen und Schüler

Alle Schülerinnen und Schüler sollen digitale Geräte umsonst bekommen.

Mit digitalen Geräten sollen sie auf das Internet umsonst zugreifen können.

4. Mehr Angebote für alle - nicht nur Noten

Es soll mehr Lernangebote geben, die nicht nur auf gute Noten abzielen.

Dazu gehören zum Beispiel Musik, Kunst, Sport oder praktische Kurse.

5. Mehr Fachkräfte für Unterstützung

Es braucht mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Assistenten und Fahrdienste, damit alle Kinder gut betreut werden.

6. Schulen barrierefrei bauen – mit den Betroffenen

Bei jedem Schulumbau oder -neubau müssen Menschen mit Behinderungen mitreden.

Nur so werden Schulen wirklich für alle zugänglich.

7. Gesamtschulen für alle Kinder

Weiterführende Schulen sollen Gesamtschulen werden.

Dort lernen alle Kinder gemeinsam – unabhängig von Herkunft oder Geld.

8. Gute Ganztagsbetreuung für alle

Die Betreuung nach der Schule muss besser werden: mit guten Konzepten, genug Personal und Räumen.

9. Kostenloses Mittagessen für alle Schüler

Jedes Kind soll ein gesundes Mittagessen bekommen – mit Bio-Lebensmitteln und regionalen Produkten.

10. Mehr Schulsozialarbeit

Mehr Fachkräfte für Beratung, Hilfe bei Problemen und Projekte gegen Mobbing oder Ausgrenzung.

11. Räume für alle Schüler zum Mitmachen

Jede Schule braucht Orte,
wo sich Schülerinnen und Schüler treffen und engagieren können.
Der Stadtschülerrat und das Kinder- und Jugendparlament
brauchen mehr Geld und Unterstützung.

12. Schulen schneller sanieren – mit Mitsprache

Die Stadt muss mehr Leute einstellen,
damit Schulen schneller repariert und modernisiert werden.
Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte müssen dabei mitentscheiden.

Bildung für alle – ein Leben lang

In Offenbach soll jeder Mensch ein Leben lang lernen können.
Das gilt für Kinder genauso wie für ältere Menschen.

In Deutschland hängt Bildung oft von der Familie ab.
Kinder aus Familien mit wenig Bildung haben es schwerer.

Sie müssen im Leben mehr Hindernisse überwinden.
Für sie ist das Risiko höher, später arm zu sein.

Sie werden auch öfter krank.
Und sie sterben im Schnitt früher als andere.

Bildung ist ein Recht für alle Menschen.
Sie hilft Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten.
Und sie ermöglicht es, mitzubestimmen, was in der Gesellschaft passiert.

Deshalb muss Bildung für alle gut erreichbar sein.
Es braucht Orte zum Lernen, die für jeden offen sind.

Gebühren oder Geldsorgen dürfen den Zugang nicht blockieren.
Bildung muss für alle möglich sein – ohne Hindernisse.

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung.
Bildung gibt Menschen die Chance, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.
Sie ermöglicht es, in der Gesellschaft mitzureden und mitzugestalten.

Lernangebote müssen für alle gut zu erreichen sein.
Die Orte, an denen Menschen lernen, müssen offen für alle sein.
Barrieren dürfen nicht im Weg stehen.

Niemand darf wegen Geld oder Gebühren benachteiligt werden.
Bildung muss für alle da sein – ganz ohne Hindernisse.

Immer mehr Kinder und ältere Menschen in Offenbach leben in Armut.
Das ist ein großes Problem.
Jedes fünfte Kind in Offenbach wächst in Armut auf.

Armut bedeutet für diese Kinder:
Sie können oft nicht mitmachen.
Und sie haben weniger Chancen auf gute Bildung.

Das ist unfair.

Wir wollen das ändern.

Deshalb fordern wir:

Ein faires und inklusives Bildungssystem in Offenbach.

Alle Menschen sollen die gleichen Chancen bekommen.

Wir sind sicher:

Eine gute Bildungspolitik in Offenbach ist möglich.

Eine Politik, bei der niemand vergessen wird.

Und bei der alle mitreden und mitmachen können.

Zusammen mit Schulen, Vereinen und anderen Partnern kann das gelingen.

Das Ziel ist klar:

Alle Menschen sollen mitbestimmen dürfen.

Alle sollen die gleichen Chancen haben.

Und alle sollen frei und selbstbestimmt leben können.

Gute Bildung für kleine Kinder ist eine wichtige Aufgabe für die Stadt. Offenbach darf kein Kind und keine Familie vergessen.

Doch es gibt ein großes Problem:

Es fehlen über 1.000 Plätze in Kitas.

Viele Kitas müssen kürzer öffnen oder Gruppen schließen.

Der Grund ist vor allem:

Es gibt zu wenig Fachkräfte.

Besonders betroffen sind Familien mit wenig Geld.

Und Familien, in denen nur ein Elternteil für die Kinder sorgt.

Diese Eltern schaffen es oft nicht,

Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen.

Viele Kinder bekommen deshalb keine frühe Bildung.

Und sie können nicht mit anderen Kindern zusammen sein.

Außerdem gibt es zu wenig Erzieherinnen und Erzieher.

Diejenigen, die arbeiten, sind überlastet. Viele Stellen bleiben leer.

Frühe Bildung ist der erste Schritt für faire Chancen.

Sie hilft Kindern, sich gut zu entwickeln –

im Denken und im Umgang mit anderen.

Gleichzeitig unterstützt sie Eltern dabei, arbeiten zu gehen.

So können Familien aus der Armut herauskommen.

Damit alle kleinen Kinder in Offenbach gute Bildung bekommen, müssen wir vieles verbessern.

Am wichtigsten ist:

Es braucht mehr Plätze in Krippe und Kita.

Dafür muss die Stadt Geld in den Bau von neuen Kitas stecken.

Und bestehende Kitas müssen vergrößert werden.

Krippen- und Kita-Plätze in Offenbach müssen für alle kostenlos sein.

Kein Kind darf wegen Geld nicht mitmachen können.

Gleichzeitig muss die Betreuung gut sein.

Dafür braucht es genug Erzieherinnen und Erzieher.

Sie müssen regelmäßig Schulungen und Weiterbildungen bekommen.

Auch mehrsprachige und offene Angebote sind wichtig.

So fühlen sich alle Kinder und Familien willkommen.

Wir brauchen dringend mehr Fachkräfte in den Kitas.

Dafür müssen Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden.

Es braucht mehr feste Arbeitsverträge und bessere Arbeitsbedingungen.

Nur so finden wir genug qualifizierte Menschen für den Job.

Der Beruf muss für mehr Menschen offen sein.

Zum Beispiel durch Quereinstiege mit Zusatz-Ausbildung.

Wer eine Ausbildung macht, soll Unterstützung bekommen – wie Prämien oder Hilfe bei den Wohnkosten.

Ausländische Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

So können mehr Menschen als Erzieherinnen und Erzieher arbeiten.

Die Öffnungszeiten der Kitas müssen zu den Familien passen.

Es braucht mehr Ganztagsplätze und Betreuung in Randzeiten.

Auch Notfall-Plätze sind wichtig.

Kitas müssen in der Nähe der Wohnorte sein.

Und sie müssen für alle Kinder leicht erreichbar sein.

Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie Kita-Träger sollen mitbestimmen.

Sie wissen am besten, was gebraucht wird.

Nur wenn alle mitmachen,

können wir eine gute Bildung für alle Kinder in Offenbach schaffen.

So bekommen alle Kinder faire Chancen und können sich gut entwickeln.

Die Volkshochschule (VHS) in Offenbach ist ein wichtiger Ort für Erwachsene.
Hier gibt es nicht nur Sprachkurse oder Kurse für die Gesundheit.
Es gibt auch Beratung zur Bildung
und Hilfe für den Start in Deutschland.
Projekte wie "Mama lernt Deutsch" oder das Digital Café stärken die Menschen.

Das Angebot darf nicht nach Geld oder Wirtschaft entschieden werden.
Es darf kein Personal abgebaut werden.
Und es darf keine Kürzungen geben, nur um Geld zu sparen.

Stattdessen braucht es mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Erfolgreiche Projekte müssen dauerhaft gesichert werden.

Die Kinder- und Jugendfarm in Offenbach ist ein wichtiger Lernort.
Hier können Kinder und Jugendliche spielen, bauen und frei sein.
Viele leben in engen Wohnungen und brauchen solche Orte.

Deshalb muss die Stadt die Kinder- und Jugendfarm weiter unterstützen.
Und es braucht mehr Abenteuer-Spielplätze in Offenbach.
Jedes Kind soll Platz zum Spielen und Entdecken haben.

Immer weniger Kinder in Offenbach können sicher schwimmen.
Viele wissen nicht, wie gefährlich Wasser sein kann.

Deshalb fordern wir:
Kostenlosen Eintritt ins Waldschwimmbad für alle Kinder.
Und kostenlose Schwimmkurse für alle.

Schwimmvereine sollen mehr Geld bekommen.
Dann können sie mehr Kurse anbieten.

So lernen alle Kinder schwimmen –
egal, woher sie kommen oder wie viel Geld ihre Eltern haben.
Jedes Kind soll sicher im Wasser sein.

Offenbach hat viele verschiedene Menschen mit großen Fähigkeiten.
Wir sind sicher:
Die Stadt wird besser, wenn alle mitmachen können.

Dafür muss jede Person gute Bildung bekommen.
Und echte Chancen, sich weiterzuentwickeln.

Die Linke fordert:

1. Faire Chancen durch Bildung

Bildung soll allen die gleichen Chancen geben.

Sie darf nicht ausgrenzen.

Und sie soll mitbestimmen ermöglichen.

2. Mehr Kitas und bessere Betreuung

Es sollen mehr Kitas und Krippen gebaut werden.

Außerdem braucht es mehr Fachkräfte, die dort arbeiten.

3. Kinder-Armut stoppen

Kinder aus armen Familien sollen mehr Unterstützung bekommen.

4. Sprachkurse für alle Kinder

In Offenbacher Kitas soll es mehr Angebote geben, damit die Kinder besser Deutsch lernen.

5. Bildungsorte stärken

Einrichtungen wie die Volkshochschule oder die Kinder- und Jugendfarm sollen mehr Geld und Unterstützung erhalten.

6. Kostenloser Eintritt in das Waldschwimmbad

Kinder sollen umsonst in das Waldschwimmbad dürfen.

Außerdem soll es kostenlose Schwimmkurse für Kinder geben.

Quellen:

<https://www.dlrg.de/informieren/die-dlrg/presse/schwimmfaehigkeit/>

Unser Offenbach: Zusammenhalten und für einander da sein

Wir wollen eine Stadt,
in der alle Menschen gut und sicher leben können.
Egal wie viel Geld jemand hat.
Egal woher jemand kommt.
Egal wie jemand lebt.

Unser Ziel ist ein Offenbach,
das sich um alle kümmert.
Die Stadt soll nicht nur das Nötigste tun.
Sie soll sich aktiv dafür einsetzen,
dass es allen Bewohnerinnen und Bewohnern gut geht.
Jede und jeder soll die Unterstützung bekommen,
die sie oder er braucht.

Dafür brauchen wir mehr Angebote in den Stadtteilen:
Beratungsstellen für psychische und soziale Fragen.
Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an Schulen.
Freizeitangebote, die nah am Wohnort sind.
Und Möglichkeiten, damit Menschen sich treffen und gemeinsam etwas unternehmen
können.

Das hilft gegen Einsamkeit.
Und es macht das Leben in der Stadt besser für alle.

Menschen mit Migrationsgeschichte gehören zu unserer Stadt dazu.
Sie bereichern Offenbach in vielen Bereichen:
in der Kultur,
in der Wirtschaft
und im Zusammenleben.

Wir wollen, dass alle Offenbacherinnen und Offenbacher sich austauschen können.
Dafür setzen wir uns ein:
Anbieten von Deutschkursen.
Unterstützung von Vereinen.
Das Organisieren von Treffen, bei denen Menschen aus verschiedenen Kulturen sich
kennenlernen.

Gleichzeitig sagen wir klar:

Kein Platz für Hass und rechte Ideologien in unserer Stadt.

Wir arbeiten nicht mit Gruppen zusammen,
die rassistisch, antisemitisch oder rechtsextrem sind.
Statt Ausgrenzung setzen wir auf Aufklärung.

Wir stärken den Ausländerbeirat,
damit er die Interessen
von Menschen mit Migrationsgeschichte gut vertreten kann.

Wir fördern Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Wir unterstützen Projekte, bei denen Menschen aus verschiedenen Kulturen
zusammenkommen.

Außerdem brauchen wir ein Online-Portal der Stadt.

Dort sollen alle angemeldeten
Kundgebungen und Demonstrationen zu sehen sein.
So kann sich die Bevölkerung informieren
und gegen rechtsextreme Aufmärsche aktiv werden.

Wir wollen,
dass alle Menschen in unserer Stadt sicher sind
und mitmachen können.
Deshalb achten wir besonders auf Gruppen,
die oft benachteiligt oder gefährdet sind.

Dazu gehören:
Frauen und Mädchen,
queere Menschen,
und geflüchtete Menschen, die besonderen Schutz brauchen.

Diese Gruppen sollen spezielle Hilfsangebote bekommen.

Zum Beispiel:
Beratungsstellen, die sich mit ihren Problemen auskennen.
Und sichere Wohnungen, in denen sie Schutz finden.

Dafür bauen wir mehr Frauenhäuser
und mehr Schutzhäuser aus.
So kann jede und jeder die Hilfe bekommen,
die sie oder er braucht.

Für uns ist wichtig:

Alle Menschen sollen zusammenleben können –
ohne Diskriminierung,
mit Solidarität,
ohne Spaltung.

Jede und jeder braucht ein Zuhause.
Egal, warum jemand kein Dach über dem Kopf hat.

Wir wehren uns gegen Politik,
die Geflüchtete und arme Menschen gegeneinander aufhetzt.

Wer in Offenbach Schutz sucht,
hat ein Recht auf eine würdige Unterkunft.
Sammelunterkünfte sind keine Lösung.
Geflüchtete und ihre Familien sollen so schnell wie möglich
in normale Wohnungen ziehen können.

Wir fordern für alle Geflüchteten:
Ärztliche Versorgung,
soziale und psychologische Hilfe,
kostenlose Rechtsberatung,
Zugang zu Schulen, Sport und Kultur.

Besonders wichtig sind:
Gesundheitsdienste, die zu den Menschen kommen.
Beratungsstellen, in denen mehrere Sprachen gesprochen werden.

Eine Stadt, die sich kümmert,
hilft nicht erst, wenn es zu spät ist.
Sie schafft Angebote,
die Probleme früh verhindern.

Wir finden:
Menschen, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete einsetzen,
sollen mehr Unterstützung bekommen.

Die Bezahlkarte für Geflüchtete ist unfair.
Sie führt zu Ausgrenzung.
Die Stadt Offenbach soll sich dafür einsetzen,
dass die Bezahlkarte abgeschafft wird.

Damit alle gleichberechtigt mitmachen können,
brauchen Geflüchtete:
Sprachkurse,
Plätze in Schulen für Kinder,
Arbeitsmöglichkeiten,
und die Chance, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Das Land muss das Geld dafür geben.
Die Kosten dürfen nicht einfach den Städten überlassen werden.

Offenbach soll Geflüchtete freiwillig aufnehmen.
Damit zeigen wir:
Menschenrechte gelten überall –
nicht nur in Deutschland,
nicht nur in der EU,
sondern für alle.

Eine solidarische Stadt behandelt alle Menschen mit Respekt.
Egal, woher sie kommen.
Egal, welche Papiere sie haben.
Vielfalt macht unsere Stadt stärker.

Wir wollen nicht nur Diskriminierung verbieten.
Wir wollen auch,
dass alle Betroffenen ihre Rechte kennen
und sich wehren können.

Wer Diskriminierung erlebt –
auf der Straße,
im Amt
oder bei der Wohnungssuche –
braucht Hilfe.
Und soll ermutigt werden,
sich zu beschweren.

Dafür brauchen wir:
Eine stärkere Antidiskriminierungsstelle in Offenbach.
Und gezielte Informationen,
damit Betroffene wissen,
wo sie Hilfe bekommen.

Wir setzen uns gegen Hass und Ausgrenzung ein –
ob Rassismus im Alltag,

Hass gegen Muslime,
Antisemitismus
oder Feindlichkeit gegen bestimmte Gruppen.

Dafür sorgen wir für Aufklärung und Vorbeugung:
Regelmäßige Schulungen für
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt,
die Polizei
und Lehrkräfte in Schulen.

Außerdem wollen wir,
dass Menschen mit Migrationsgeschichte
mehr mitbestimmen können.

Dafür stärken wir den Ausländerbeirat.

Wir schaffen einfache Wege,
damit alle mitreden können.

Unser Ziel:

Alle, die dauerhaft in Offenbach leben,
sollen irgendwann auch bei Kommunalwahlen wählen dürfen.

Unser Ziel ist eine Stadt,
in der alle mitgenommen werden.

Eine Stadt, die gerecht ist.

Eine Stadt, die auf die Umwelt achtet.

Eine Stadt, die gegen Rassismus kämpft.

Eine Stadt, in der alle mitbestimmen können.

Eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen –
egal wie alt sie sind.

Die Linke fordert:

1. Der Ausländerbeirat bleibt wichtig

Der Ausländerbeirat soll gestärkt werden.

Er vertritt die Interessen von Menschen mit Migrationsgeschichte und soll mehr Möglichkeiten bekommen, um etwas zu bewirken.

2. Schutz für Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen

Offenbach soll sofort unbegleitete Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen aus den Flüchtlingslagern an den EU-Grenzen aufnehmen.

Sie brauchen besonderen Schutz.

3. Keine Hilfe bei Abschiebungen

Die Stadt Offenbach soll nicht mitmachen, wenn Menschen abgeschoben werden sollen.

4. Informationen für alle, die Hilfe brauchen

Die Stadt soll gezielt Betroffene informieren – zum Beispiel über ihre Rechte oder wo sie Unterstützung finden.

5. Keine Sammelunterkünfte

Geflüchtete sollen nicht in großen Sammelunterkünften leben müssen. Sie und ihre Familien brauchen schnell eine eigene Wohnung, die zu ihren Bedürfnissen passt.

6. Ärztliche und psychologische Hilfe für alle

Geflüchtete sollen gute medizinische Versorgung bekommen. Auch psychologische Betreuung muss sicher sein.

7. Mehr gegen Diskriminierung tun

Die Antidiskriminierungsstelle in Offenbach soll mehr Personal und mehr Möglichkeiten bekommen. So kann sie Betroffene besser unterstützen.

8. Schluss mit der Bezahlkarte für Geflüchtete

Die Bezahlkarte grenzt Menschen aus. Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass sie abgeschafft wird.

9. Ein Online-Portal für Demonstrationen

Alle angemeldeten Kundgebungen und Demonstrationen sollen online zu sehen sein. So kann sich die Bevölkerung informieren und gegen rechtsextreme Aufmärsche stellen.

10. Schutz und Beratung für besonders gefährdete Menschen

Frauen, queere Menschen und besonders schutzbedürftige Geflüchtete brauchen spezielle Hilfsangebote.
Dafür müssen Beratungsstellen ausgebaut werden.

11. Mehr Frauenhäuser und Schutzwohnungen

Es braucht mehr sichere Wohnungen für Frauen und Kinder, die Schutz suchen.

12. Gegen Hass und Vorurteile

Die Stadt soll regelmäßig Schulungen anbieten – für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Polizei und Schulen.
So können Vorurteile abgebaut werden.

13. Ein Netzwerk für Unterstützung und Vorbeugung

Es soll ein städtisches Netzwerk geben, das Beratung, Therapie, Selbsthilfegruppen und Begegnungsprogramme anbietet.
Dazu gehören auch Kultur- und Sportangebote.

14. Mehr psychosoziale Anlaufstellen in den Stadtteilen

In jedem Stadtteil sollen Beratungsstellen sein, wo Menschen Hilfe bekommen – ob bei psychischen Problemen oder im Alltag.

Offenbacher Mieterinnen und Mieter entlasten

Im Jahr 2016 gab es einen Plan für Offenbach.

Dieser Plan hieß „Masterplan Offenbach“.

Die Stadt-Regierung wollte damit privaten Firmen zeigen:

Hier könnt ihr Geld verdienen.

Ihr könnt neue Wohnungen bauen.

Zum Beispiel am Hafen.

Und ihr könnt Grundstücke teuer verkaufen.

Zum Beispiel am Kaiserlei.

Die Folge war:

Die Mieten stiegen jedes Jahr.

Immer mehr Menschen konnten sich die Wohnungen nicht mehr leisten.

Viele mussten aus Offenbach wegziehen.

Die Stadtregierung hat zugesehen.

Sie hat nicht genug dagegen getan.

Mit dem Plan wurde den Menschen in Offenbach gesagt:

Wenn ihr euch die Mieten nicht mehr leisten könnt,

dann sucht euch doch eine andere Stadt.

In Offenbach geben die Menschen einen großen Teil ihres Geldes für Miete aus. Das nennt man Mietbelastung.

Diese Belastung ist in Offenbach höher als in Frankfurt.

Sie ist sogar die zweithöchste in ganz Deutschland.

Das hat zwei Folgen:

Erstens geraten viele Menschen in finanzielle Not.

Zweitens haben die Menschen in Offenbach im Durchschnitt am wenigsten Geld übrig. Sie können sich weniger leisten als in anderen Städten.

Wer möchte, dass es in Offenbach gute Läden mit hochwertigen Produkten gibt, muss auch über eines sprechen:

Die Mieten müssen sinken.

Denn nur dann haben die Menschen mehr Geld für andere Dinge.

Die Regierung in Offenbach besteht aus SPD, Grünen und der FDP.

Man nennt diese Zusammenarbeit Ampel-Koalition.

Diese Koalition hat beim Thema Wohnungen komplett versagt.

Sie hat zwei Dinge nicht geschafft:
Erstens hat sie nichts gegen die Wohnungskrise unternommen.
Zweitens hat sie ihre eigenen Versprechen nicht eingehalten.

SPD und Grüne haben sich fünf Jahre lang führen lassen.
Und zwar vom kleinsten Partner in der Koalition.
Die FDP setzt vor allem auf den freien Markt.
Das bedeutet:
Der Markt soll alles regeln – auch wenn das für Mieterinnen und Mieter schlecht ist.

Das Ergebnis ist klar:
Die Koalition hat nichts für die Menschen in Offenbach getan,
die eine Wohnung brauchen.
Das ist kein normaler Zustand.
Das ist unfair und unsozial.

Als Die Linke fordern wir:
Offenbach muss jetzt handeln.
Die Stadt soll alle Möglichkeiten nutzen.
Ziel ist es:
Die Mieten müssen sinken.
Wohnungen müssen für alle bezahlbar sein.
Für alle Menschen – egal wie viel Geld sie haben.

Veränderungen im Wohnungsmarkt brauchen oft Zeit.
Manchmal dauert es 10 bis 20 Jahre,
bis man die Wirkung überall spürt.
Die heutige Situation ist das Ergebnis von Fehlern.
Die Wohnungspolitik in Offenbach war in den letzten 20 Jahren falsch.

Deshalb schlägt Die Linke viele verschiedene Maßnahmen vor.
Einige Maßnahmen wirken erst nach Jahren.
Andere Maßnahmen helfen sofort und schnell.

Die Linke hat klare Ziele für die Wohnungspolitik in Offenbach:

1. Die Mieten sollen auf Dauer sinken.
Sie sollen wieder fair und bezahlbar werden.
2. Es soll weniger Spekulation mit Wohnungen und Grundstücken geben. Das bedeutet:
Niemand soll mit Wohnungen nur schnell viel Geld verdienen können. Wohnungen
sind zum Leben da – nicht zum Spekulieren.

- 3.** Genossenschaften und gemeinnützige Bauträger sollen mehr Unterstützung bekommen.

Genossenschaftliche Bauträger sind Wohnungsunternehmen, die nicht nur an Profit denken, sondern an bezahlbare Mieten für alle.

- 4.** Mieterhöhungen sollen gestoppt werden.

Die Menschen sollen sich ihre Wohnung auch in Zukunft leisten können.

Mehr neue Wohnungen allein lösen die Wohnungskrise in Offenbach nicht.

Es gibt eine Regel, die die Mieten begrenzen soll.

Diese Regel heißt Mietpreisbremse.

Sie gilt bis 2029.

Aber sie wurde nicht streng genug gemacht.

Es gibt wichtige Ausnahmen:

Die Mietpreisbremse gilt nicht für möblierte Wohnungen.

Und sie gilt nicht für Wohnungen, die nach 2014 gebaut wurden.

Das führt dazu:

Neue Wohnungen in Offenbach sind viel teurer als der Durchschnitt.

Seit Jahren macht Neubau die Situation für Mieterinnen und Mieter nicht besser. Er macht sie sogar schlimmer.

Manche sagen:

Wenn es mehr teure Wohnungen gibt, werden die alten Wohnungen günstiger.

Das nennt man „trickle down“-Effekt.

Aber das stimmt nicht.

Wissenschaftliche Studien zeigen:

Dieser Effekt funktioniert nicht.

Auch in Offenbach ist das so.

Deshalb braucht es eine andere Politik.

Die bisherige Politik hat versagt.

Der beste Weg zu bezahlbaren Mieten führt über die bestehenden Wohnungen. Denn die meisten Menschen in Offenbach wohnen in alten Wohnungen – nicht in Neubauten.

Wichtige Akteure sind die öffentlichen Wohnungsgesellschaften in Offenbach. Dazu gehören: die GBO, die Nassauische Heimstätte, die GWH und die ABG.

Diese Gesellschaften können viel bewirken.

Wenn sie ihre Mieten nicht erhöhen,
wirkt sich das nicht nur auf ihre eigenen Wohnungen aus.
Es drückt auch die Mieten in der ganzen Stadt.

Deshalb fordern wir als ersten Schritt:

Die städtischen und landeseigenen Wohnungsgesellschaften
dürfen ihre Mieten nicht erhöhen.
Besser wäre es sogar, wenn sie die Mieten senken würden.

Die hohen Mieten setzen Mieterinnen und Mieter stark unter Druck.
Immer mehr Menschen verlieren ihre Wohnung.
Sie werden obdachlos.

Die Linke sagt:

Offenbach muss anders handeln.
Die Stadt soll nach dem Prinzip „Housing First“ vorgehen.

Das bedeutet:
Obdachlose Menschen bekommen zuerst eine sichere Wohnung.
Erst danach kommen andere Hilfen.

Die Stadt soll selbst Wohnungen anmieten.
Diese Wohnungen werden dann an Menschen vermietet,
die sonst in teuren und viel zu kleinen Notunterkünften leben müssten.

Außerdem gilt:
Zwangsräumungen dürfen nicht stattfinden.
Niemand soll seine Wohnung gegen seinen Willen verlieren.

Viele Menschen in Offenbach suchen eine passende Wohnung.
Manche brauchen eine barrierefreie Wohnung.
Andere suchen eine Wohnung für die Familie.
Wieder andere brauchen eine WG-taugliche Wohnung.
Aber bezahlbaren Wohnraum zu finden, der zu den eigenen Bedürfnissen passt, ist fast unmöglich geworden.

Deshalb fordern wir zwei Dinge:

1. Die Stadt soll eine zentrale Wohnungsvermittlung einrichten.
Diese Stelle hilft Menschen, eine Wohnung zu finden, die zu ihnen passt.

2. Es soll eine Plattform für Wohnungstausch geben.

Wer zum Beispiel eine große Wohnung hat,
aber eigentlich eine kleinere braucht,
kann sie mit einer Familie tauschen.

Die Stadt unterstützt dabei.

Wichtig ist:

Beim Tausch dürfen die Mieten nicht steigen.

Unser Ziel ist eine Stadt,
in der alle Menschen gut und nachhaltig leben können.
Das gilt für alle –
auch für Menschen mit wenig Geld.

Dafür brauchen wir drei Dinge:

1. Die Stadt muss mehr Wohnungen bauen.

Diese Wohnungen werden vom Staat gefördert.
So bleiben sie bezahlbar.

2. Es braucht Orte, an denen Menschen zusammenkommen können.

Dort können sie sich austauschen und unterstützen.
Diese Orte heißen Begegnungsstätten.

3. Es gibt Regeln, die helfen sollen,

dass Menschen in ihren Wohnungen bleiben dürfen.
Diese Regeln heißen
Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)-Richtlinien.
Die Stadt muss diese Regeln umsetzen.

Und eines ist klar:

Zwangsräumungen dürfen nicht vorkommen.
Niemand soll seine Wohnung verlieren müssen.

In den letzten zehn Jahren hat die Stadt beim Neubau viele Fehler gemacht.

Sie hat nur teure Wohnungen gebaut.

Diese Wohnungen heißen freifinanzierte Wohnungen.

Bei großen Bauprojekten hat die Stadt ihre eigenen Ziele nicht eingehalten. Eigentlich sollten 30 Prozent der neuen Wohnungen gefördert werden.

Das bedeutet:

Diese Wohnungen wären günstiger für Menschen mit wenig Geld.

Das Ergebnis ist schlimm:

Der Anteil an geförderten Wohnungen ist stark gesunken.

Früher – im Jahr 2000 – lag er noch bei über 9 Prozent.

Heute sind es weniger als 5 Prozent.

Deshalb fordern wir:

In jedem Stadtteil und jedem Viertel muss es genug Sozialwohnungen geben. Die Stadt muss neue, höhere Quoten für Neubauprojekte festlegen.

Außerdem soll die Regelung für Sozialwohnungen ohne Zeitlimit gelten.

Das bedeutet:

Eine Sozialwohnung bleibt für immer eine Sozialwohnung.

Neue Wohnungen sollen die Mieten senken.

Sie dürfen nicht dazu führen, dass die Mieten noch weiter steigen.

Große private Wohnungsfirmen wollen oft nur eines:

Schnell viel Geld verdienen.

Ein Beispiel für so eine Firma ist Vonovia.

Diese Firmen sollen in Offenbach keine Chance mehr bekommen.

Stattdessen sollen andere den Wohnungsbau übernehmen:

Die Stadt selbst,

Genossenschaften und

gemeinnützige Bauträger.

Diese denken nicht nur an Profit,

sondern an bezahlbare Mieten für alle.

Menschen in Offenbach wollen selbst Wohnprojekte starten.

Dazu gehören zum Beispiel:

- alternative Wohnprojekte,
- Baugenossenschaften oder
- Miethäusersyndikate.

Die Stadt soll diese Gruppen unterstützen.

Sie soll helfen bei der Suche nach Grundstücken und Häusern.

Außerdem soll die Stadt rechtliche Beratung anbieten.

So können die Projekte auch wirklich umgesetzt werden.

Die Stadt Offenbach hat sich schon 2011 etwas vorgenommen:

In jedem Stadtteil soll es ein Mehrgenerationenhaus geben.

In so einem Haus leben Menschen verschiedenen Alters zusammen.

Sie unterstützen sich gegenseitig.

Bisher gibt es aber nur zwei solche Häuser in Offenbach.

Das ist zu wenig.

Es müssen mehr werden.

Die Partei Die Linke will,
dass die Stadt Baugenossenschaften hilft.
Baugenossenschaften sind Gruppen von Menschen,
die gemeinsam Wohnungen bauen oder kaufen.

Die Stadt soll auch Initiativen unterstützen.
Initiativen sind Gruppen,
die sich für bezahlbare Wohnungen einsetzen.
Zum Beispiel beim Miethäusersyndikat.
Das ist ein Netzwerk,
das Menschen hilft,
Häuser gemeinsam zu kaufen und zu verwalten.

Die Stadt soll helfen bei:

- der Suche nach Grundstücken oder Häusern
- rechtlicher Beratung, damit die Projekte klappen

Rechtliche Beratung bedeutet:
Jemand erklärt die Gesetze
und hilft bei Verträgen oder Anträgen.

Wie Menschen wohnen,
beeinflusst auch ihren Alltag in der Familie.
Kinder brauchen zu Hause Platz für sich.
Sie brauchen einen eigenen Raum.

Aber bezahlbarer Wohnraum wird immer weniger.
Deshalb leben immer mehr Kinder mit ihren Eltern
auf sehr engem Raum.
Das kann zu Problemen führen:

- Es gibt oft Streit in der Familie.
- Kinder haben weniger Chancen, sich gut zu entwickeln und zu lernen.

Wir sehen das Recht auf Wohnen
auch als ein wichtiges Recht für Kinder.
Jedes Kind soll genug Platz haben,
um sich wohlzufühlen und gut zu lernen.

Manche Menschen haben eine Wohnung,
die für sie zu groß ist.
Sie möchten gerne mit einer Familie tauschen,

die mehr Platz braucht.
Wer das machen will,
soll Unterstützung bekommen.

Wichtig ist:
Die Miete darf nach dem Tausch
nicht teurer werden.

Die Stadt soll eine Kampagne starten.

Das bedeutet:
Die Stadt soll Werbung machen.
Sie soll private Vermieter überzeugen,
bei diesem Tausch mitzumachen.

Die Linke fordert:

1. Mehr Sozialwohnungen in neuen Häusern

Bei jedem Neubau mit 15 oder mehr Wohnungen müssen
30 Prozent Sozialwohnungen sein.
Weitere 20 Prozent müssen geförderter Wohnraum sein.
Dazu gehören:
- Wohnungen für Menschen mit mittlerem Einkommen
- Wohnungen für Studierende
- Wohnungen für Auszubildende
- barrierefreie Wohnungen

2. Schutz für alle Stadtteile

Es soll eine Erhaltungssatzung für alle Viertel in Offenbach geben.
Das bedeutet:
Die Stadt schützt die Bewohnerinnen und Bewohner.
Sie verhindert, dass Mieten stark steigen
oder Häuser Luxus-Saniert werden.

3. Mietpreise jedes Jahr anpassen

Die Mietkostentabelle soll jedes Jahr überprüft werden.
Dafür gibt es einen qualifizierten Mietspiegel.
Das ist eine Übersicht,
die zeigt, welche Mieten in Offenbach fair sind.

4. Beratung für Wohnungstausch

Es soll eine Beratungsstelle geben.
Dort können Menschen Hilfe bekommen,
wenn sie ihre Wohnung tauschen oder umziehen wollen.

5. Mehr Hilfe für Mieterinnen und Mieter

Mieterberatungen und Mieterschutzvereine sollen stärker werden.
Sie helfen Menschen,
die Probleme mit Vermieterinnen oder Vermietern haben.

6. Mehr Gemeinschaftswohnprojekte

Die Stadt soll langfristig Wohnprojekte fördern,
in denen Menschen gemeinsam leben.
Dafür soll es eine eigene Stelle in Offenbach geben.

7. Kein Verkauf von städtischen Grundstücken

Die Stadt soll keine Grundstücke mehr verkaufen.
Wer bauen will, kann Grundstücke nur noch in Erbpacht bekommen.
Das bedeutet:
Man zahlt eine Art Miete für das Land, aber es gehört weiter der Stadt.

8. Bauland für Genossenschaften

Neues Bauland soll vor allem an Genossenschaften
oder gemeinnützige Bauträger gehen.
Das sind Gruppen,
die bezahlbare Wohnungen bauen wollen.

9. Geförderte Wohnungen statt teurer Wohnungen

Städtische Wohnungsgesellschaften sollen
keine teuren Wohnungen mehr bauen.
Sie sollen sich auf geförderte Wohnungen konzentrieren.

Dazu gehören:

- Sozialwohnungen
- Wohnheime für Studierende
- Wohnheime für Auszubildende
- barrierefreie Wohnungen
- Wohnungen für Seniorinnen und Senioren

10. Beratung für Hausverkäufer

Es soll eine Beratungsstelle geben.
Dort können Menschen Hilfe bekommen,
die ihr Haus an eine Genossenschaft verkaufen wollen.

11. Mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter

Es soll eine Stabsstelle für Mieterschutz geben.
Dort arbeiten mindestens drei Personen.
Sie helfen Mieterinnen und Mietern bei Problemen.

12. Keine Ferienwohnungen statt Wohnungen

Es soll eine Satzung gegen Ferienwohnungen geben.
Sie verhindert,
dass normale Wohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt werden.
So bleibt mehr Wohnraum für Menschen, die in Offenbach leben wollen.

Wirtschaft so gestalten, dass sie lange gut bleibt!

Offenbach hat eine lange Tradition als Stadt der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Früher war Offenbach bekannt für Lederherstellung und Industrie.

Die Stärke der Stadt beruhte immer auf harter Arbeit.

Und auf dem Zusammenhalt der Menschen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich oft in Gewerkschaften organisiert. Sie wollten mitbestimmen können.

Das nennt man Wirtschaftsdemokratie.

Das bedeutet:

Arbeiter und Arbeiterinnen sollen mitreden dürfen.

Vor allem in ihren Betrieben.

Diese Idee ist bis heute wichtig.

Die Stadtpolitik sollte die Gewerkschaften unterstützen.

Betriebsräte und Gewerkschaften helfen den Beschäftigten.

Sie geben ihnen eine Stimme.

Das sorgt für mehr Stabilität in der Wirtschaft.

Die Stadt sollte die Erfahrung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nutzen. Sie wissen viel über ihre Arbeit.

Deshalb sollen sie in wichtigen Gremien mitmachen.

Dazu gehören Kommissionen, Beiräte und Beratungsgruppen.

Kommissionen, Beiräte und Beratungsgruppen sind Gruppen von Menschen.

Sie treffen sich, um über wichtige Themen zu sprechen.

Zum Beispiel über Arbeitsbedingungen oder Löhne.

Wenn Arbeiter und Arbeiterinnen dort mitmachen, können sie ihre Meinung sagen.

Sie können für bessere Rechte kämpfen.

Und sie können mitentscheiden,

was in der Stadt oder in Betrieben passiert.

Offenbach braucht eine starke Wirtschaft.

Dazu gehören Handwerksbetriebe, kleine und mittlere Firmen.

Aber auch Start-Ups, große Fabriken und Dienstleister.

Die Stadt soll diese Unternehmen unterstützen.

Aber nicht nur mit niedrigen Steuern für die Firmen.

Vor allem nicht, wenn dann die Bürger und Bürgerinnen mehr zahlen müssen. Zum Beispiel durch höhere Grundsteuern.

Eine gute Wirtschaftsförderung bedeutet:

Die Stadt hilft den Unternehmen fair.

Aber sie belastet nicht die Menschen, die hier wohnen.

Wichtiger ist es,
dass die Stadt gute Flächen für Unternehmen anbietet.
So können sich neue Firmen in Offenbach ansiedeln.

Die Stadt sollte auch helfen,
Fachkräfte zu gewinnen.
Dafür brauchen die Leute bezahlbaren Wohnraum.
Und es müssen genug Plätze in Kitas und Schulen geben.

Die Stadt kann zum Beispiel Betriebskindergärten fördern.
Das sind Kindergärten, die direkt in oder bei Firmen sind.
So haben Eltern eine gute Betreuung für ihre Kinder.
Und können trotzdem arbeiten.

Wer ein Unternehmen gründen will,
braucht Hilfe von der Stadt.
Die Behörden müssen gut erreichbar sein.
Und Anträge müssen schnell bearbeitet werden.

Es muss klar sein,
was wann passiert.
So wissen Gründer und Gründerinnen,
woran sie sind.
Das macht es leichter,
ein Unternehmen in Offenbach zu starten.

Die Stadt soll vor allem Unternehmen unterstützen,
die umweltfreundlich arbeiten.
Und die ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fair bezahlen.
Das bedeutet:
Die Löhne sollen nach Tarifvertrag sein.
Und die Beschäftigten sollen mitbestimmen dürfen.

Außerdem soll die Stadt helfen,
dass mehr Produkte in Offenbach hergestellt werden.
Das stärkt die Wirtschaft in der Region.

Die Wirtschaftsförderung soll sich
an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.
Sie soll praktische Hilfe anbieten.
Und nicht nur leere Versprechungen machen.

Die Stadt soll auch Projekte unterstützen,
die Dinge länger nutzen oder wiederverwerten.
Zum Beispiel Reparaturwerkstätten,
Secondhand-Läden oder Recycling-Betriebe.

Dafür kann die Stadt günstige Flächen anbieten.
So wird weniger weggeworfen.
Und Rohstoffe werden wiederverwendet.

Offenbach geht es wirtschaftlich langsam wieder besser.
Das liegt auch an neuen Firmen.
Diese Firmen haben sich auf dem Innovationscampus angesiedelt.
Und im Gebiet Hafen/Kaiserlei.

Der Innovationscampus ist nur entstanden,
weil die Stadt entschlossen gehandelt hat.
Sie hat alle Möglichkeiten genutzt.
Sogar gedroht, das Gelände notfalls zu enteignen.
Das bedeutet:
Die Stadt kann Grundstücke übernehmen,
wenn die Besitzer sie nicht nutzen.

Dieses klare Vorgehen sollte Schule machen.
Vor allem, wenn Grundstücke absichtlich leer stehen.
Oder wenn Spekulanten auf hohe Preise warten.
Dann muss die Stadt eingreifen.
So können neue Projekte entstehen.
Und die Stadt entwickelt sich weiter.

Offenbach wirbt damit, dass sich hier viele Menschen selbstständig machen. Das stimmt.
Aber es gibt auch ein großes Problem:
Viele Gründer und Gründerinnen scheitern.
Sie müssen Privatinsolvenz anmelden.
Oder ihre Firmen gehen pleite.

Außerdem arbeiten viele Selbstständige unter schlechten Bedingungen.
Sie verdienen so wenig, dass sie weiter auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Sie leben also in
Armut.

Die Stadt muss diese Gründer und Gründerinnen besser unterstützen.
Sie brauchen Hilfe, die wirklich ankommt.

Besonders schlimm ist es,
wenn Menschen nur scheinselbstständig sind.
Zum Beispiel auf Baustellen.
Dort werden sie oft ausbeutet.
Die Stadt muss gegen die Auftraggeber vorgehen.
Und die Ausbeutung stoppen.

Wenn die Stadt Verdacht schöpft,
muss sie die Behörden informieren.
Die Main-Arbeit sollte Betroffenen helfen.
Sie soll ihnen echte Jobs vermitteln.
Bei Arbeitgebern, die fair bezahlen.
Und nach Tarifvertrag arbeiten.

Die Sparkasse Offenbach gehört der Stadt.
Sie hat den Auftrag,
den Menschen und Unternehmen vor Ort zu helfen.
Sie bietet Bankdienstleistungen an,
die für alle zugänglich sind.
Das ist wichtig für die Wirtschaft in der Region.

Deshalb fordern wir:
Die Stadt soll die Sparkasse Offenbach weiter unterstützen.
Sie soll unabhängig bleiben.
Und nicht privatisiert werden.

Die Stadt muss sich gemeinsam mit anderen Kommunen wehren.
Gemeinsam mit dem Sparkassenverband.
Sie muss sich gegen alle Pläne stellen,
die Sparkasse in private Hände zu geben.

Die Linke fordert:

- 1. Nur Firmen mit Tarifverträgen bekommen Aufträge von der Stadt**
Die Stadt soll Aufträge nur an Unternehmen geben,
die ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nach Tarif bezahlen.
So wird sichergestellt, dass alle fair bezahlt werden.
- 2. Arbeiter und Arbeiterinnen müssen in allen Gremien mitreden**
Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
müssen in allen wichtigen städtischen Gruppen dabei sein.
Auch im Expertenrat für Wirtschaftsförderung.
So können sie ihre Interessen vertreten.
- 3. Stadt hilft bei Betriebskindergärten**
Die Stadt soll Unternehmen unterstützen,
wenn sie Betriebskindertagesstätten einrichten wollen.
Dafür kann sie mit erfahrenen Trägern zusammenarbeiten.
So haben Eltern eine gute Betreuung für ihre Kinder.
- 4. Sparkasse Offenbach bleibt in städtischer Hand**
Die Stadt soll die Sparkasse Offenbach weiter selbst verwalten.
Sie darf nicht an private Besitzer verkauft werden.
So bleibt die Bank für alle da.
- 5. Mainarbeit vermittelt nur faire Jobs**
Die Mainarbeit soll sich darauf konzentrieren,
Menschen an seriöse Arbeitgeber zu vermitteln.
Diese Arbeitgeber müssen nach Tarifvertrag zahlen.
Und faire Arbeitsbedingungen bieten.

Für ein mobiles Offenbach!

Jeder Mensch hat das Recht, sich frei zu bewegen.

Das nennt man Mobilität.

Mobilität ist wichtig, weil sie uns ermöglicht,
am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.

Dazu gehören zum Beispiel

Arbeit, Einkaufen, Freunde treffen
oder zum Arzt gehen.

Gleichzeitig verbraucht Mobilität
sehr viel Energie und Rohstoffe.

Das ist ein großes Problem,
weil es der Umwelt schadet.

Autos, Flugzeuge und Lastwagen
benötigen viel Strom, Benzin oder Diesel.

Auch Straßen und Schienen brauchen Platz und Material.

Deshalb muss Mobilität
für alle Menschen möglich sein –
aber so, dass sie die Umwelt nicht belastet.

Schon seit längerer Zeit wird in Offenbach klar:

Autos und Lastwagen brauchen viel Platz.

Aber der Platz in der Stadt wird immer knapper.

Deshalb können Autos und Lastwagen
nicht mehr die einzige Lösung sein,
um von A nach B zu kommen.

Dazu kommt:

Autos und Lastwagen verursachen Schadstoffe und Lärm.

Das schadet der Gesundheit und der Umwelt.

Die Stadt muss deshalb bessere Angebote schaffen.

Damit mehr Menschen ihre Wege
gerne zu Fuß gehen,
mit dem Fahrrad fahren,
mit dem E-Roller unterwegs sind
oder Bus und Bahn nutzen.

Unser Ziel ist,
dass sich alle Menschen in Offenbach
sicher und bequem fortbewegen können –
ohne auf ein eigenes Auto angewiesen zu sein.

Wir wollen,
dass die Stadt Offenbach
einen guten öffentlichen Nahverkehr anbietet.
Dieser Nahverkehr soll für alle Menschen gut nutzbar sein –
ohne Barrieren und ohne Kosten.
Die Stadt soll das bezahlen,
damit Busse und Bahnen für alle kostenlos sind.

Auch die südlichen Stadtteile
sollen besser an Schienen angebunden werden.

Das bedeutet:
Mehr S-Bahnen und vielleicht auch Straßenbahnen.
Die Verbindungen sollen häufiger fahren –
auch in die Nachbarstädte.

An wichtigen S-Bahn-Stationen
sollen Park & Ride-Plätze entstehen.
Dort können Autofahrer und Autofahrerinnen
einfach auf Bus und Bahn umsteigen.

Auf dem Weg zum kostenlosen Nahverkehr
wollen wir schrittweise vorgehen.
Zuerst sollen Menschen mit wenig Geld
kostenlos oder sehr günstig fahren können.
Das nennt man Bürgerticket.
So können auch sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Außerdem fordern wir:
Wer ein Ticket für eine Veranstaltung kauft,
soll damit auch Bus und Bahn nutzen können.
Das gilt für Konzerte, Kulturveranstaltungen
und besonders für Fußballspiele
im Stadion Bieberer Berg.

Der Busverkehr in Offenbach
muss in der Hand der Stadt bleiben.
Wir lehnen es ab,
dass private Firmen aus Europa
die Busse betreiben.
Denn oft drücken diese Firmen die Löhne.
Das führt zu schlechten Arbeitsbedingungen.

Die Beschäftigten im Nahverkehr
müssen fair bezahlt werden.
Sie brauchen gute Arbeitsverträge
und sichere Jobs.

Ein guter Nahverkehr muss für alle funktionieren.
Dazu gehören Aufzüge an S-Bahn-Stationen.
Diese Aufzüge sind wichtig für Menschen,
die nicht gut zu Fuß sind,
für Eltern mit Kinderwagen
und für viele andere.

Die Aufzüge müssen immer sauber sein.
Sie müssen vor Vandalismus geschützt werden.
Vor allem aber:
Sie müssen immer funktionieren.
Wenn sie kaputt sind,
müssen sie schnell repariert werden.
Die Stadt braucht ein gutes Ersatzteil-Lager,
damit Reparaturen nicht lange dauern.

An allen S-Bahn-Stationen soll geprüft werden:
Braucht es noch Rampen oder andere Hilfen?
Damit wirklich alle Menschen die Bahnen nutzen können.

Früher gab es in Offenbach Straßenbahnen.
Es war ein Fehler, diese Linien abzuschaffen.
Deshalb setzen wir uns dafür ein,
dass Straßenbahnen schrittweise zurückkommen.
Auch Oberleitungsbusse wären eine gute Lösung.
Beides hilft, den Nahverkehr zu verbessern
und die CO₂-Belastung zu verringern.

Wir wollen,
dass mehr Menschen in Offenbach Fahrrad fahren.

Dafür muss das Radwegenetz schneller ausgebaut werden.
Offenbach braucht auch bessere Verbindungen
zu den Radschnellwegen in der Region.

Radwege müssen gut befahrbar sein.
Sie sollen direkt an Hauptstraßen führen,
damit Radfahrer und Radfahrerinnen schnell vorankommen.
Die Wege müssen das ganze Jahr nutzbar sein
und gut beleuchtet sein.
Nur asphaltierte Wege sind für uns akzeptabel.

Damit mehr Menschen auf Fahrrad, Bus und Bahn umsteigen,
müssen wir Platz neu verteilen.
Bisher nehmen parkende Autos viel zu viel Raum ein.
Besonders in der Innenstadt soll der Platz
für Fußgänger und Fußgängerinnen,
Radfahrer und Radfahrerinnen
sowie für Busse und Bahnen reserviert sein.

Fahrräder und E-Bikes sollen sicher abgestellt werden können.
Es braucht mehr Fahrradständer.
Aber diese dürfen Fußgänger und Fußgängerinnen nicht stören.

Unser Ziel sind kurze Wege für alle.
Das bedeutet:
Wohnungen, Arbeitsplätze, Geschäfte,
Kultur und Freizeit sollen nah beieinander liegen.
So wird die Verkehrswende möglich –
für eine umweltfreundliche und faire Mobilität.

Es bringt nichts, Menschen zu bestrafen,
die ohne Ticket fahren.
Vor allem dann nicht,
wenn der Nahverkehr für alle kostenlos sein soll.

Statt Strafen zu verhängen,
müssen wir den ÖPNV so gestalten,
dass ihn alle nutzen können –
ohne Hürden und ohne Angst vor Kosten.

Die Linke fordert:

1. Kurze Wege für alle

Fußwege, Radwege und öffentliche Verkehrsmittel sollen so gut sein, dass alle Menschen sie gerne nutzen können.

2. Busse und Bahnen mit Ökostrom

Der öffentliche Nahverkehr soll nur noch mit sauberem Strom fahren.

3. Barrierefreie Busse und Bahnen

Alle Menschen sollen Busse und Bahnen ohne Hindernisse nutzen können.

4. Mehr Verbindungen und häufigere Fahrten

Es soll mehr Bus- und Bahnlinien geben.

Sie sollen öfter fahren und besser vernetzt sein.

5. Günstige Tickets für alle

Tickets für Bus und Bahn sollen billiger werden.

Langfristig soll der Nahverkehr für alle kostenlos sein.

6. Busbetrieb in städtischer Hand

Die Busse in Offenbach sollen der Stadt gehören.

Das Personal soll fair bezahlt werden.

7. Straßenbahn und Oberleitungsbusse für Offenbach

Offenbach soll ein Netz für Straßenbahnen und Oberleitungsbusse bekommen.

8. Schnell mehr und bessere Radwege

Das Radwegenetz in Offenbach und der Region soll schnell ausgebaut werden.

Für ein nachhaltiges Offenbach!

Wir wollen eine Politik machen,
die an die Zukunft denkt.
Dabei geht es besonders um die Menschen,
die nach uns kommen.

Bei wichtigen Themen müssen wir besser werden.
Zum Beispiel bei:

- der Energieversorgung in unserer Stadt,
- der Wirtschaft und wie sie sich entwickelt,
- dem Bauen und Sanieren von Häusern,
- dem Verkehr und wie er geplant wird.

Dort brauchen wir Lösungen,
die die Umwelt und das Klima schützen.
Diese Lösungen müssen wir stärker fördern.

Die Stadt Offenbach soll selbst entscheiden können.
Auch die Unternehmen, die der Stadt gehören,
sollen das Sagen behalten.
Wir wollen nicht,
dass wichtige Dinge wie Straßen oder Energie
in private Hände gegeben werden.

Wenn die Stadt Aufträge vergibt,
sollen vor allem Unternehmen aus der Region den Zuschlag bekommen.
Diese Unternehmen müssen zwei Dinge erfüllen:

- Sie bezahlen ihren Beschäftigten fair – also nach Tarifvertrag.
- Sie beschäftigen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Sozialversicherung.

Außerdem muss die Stadt genau prüfen,
was in ihren eigenen Unternehmen passiert.
Das gilt auch für die Lieferketten dieser Unternehmen.

In den Kantinen der Stadt soll es gutes Essen geben.
Das gilt besonders für die Schulen.

Dafür sollen vor allem Lebensmittel verwendet werden,
die gerade Saison haben.

Außerdem müssen die Produkte so hergestellt sein, dass sie die Umwelt nicht belasten.

Wenn in der Stadt gebaut wird, müssen zwei Dinge passieren:

- Versiegelte Flächen in der Nähe müssen wieder geöffnet werden.
Das bedeutet:
Beton oder Asphalt wird entfernt,
damit Regenwasser versickern kann.
- Es müssen neue Grünflächen entstehen.
Das hilft gegen Hitze und verbessert das Klima vor Ort.

Die Stadt Offenbach soll alle Ideen fördern, die Ressourcen schonen.

Dazu gehören zum Beispiel:

- Programme für klimafreundliche Elektrogeräte, besonders für Haushalte mit wenig Geld.
- Hilfe beim Energiesparen.
- Hilfe, um Müll zu vermeiden.
- Unterstützung für Repair-Cafés.
Dort können Menschen kaputte Dinge reparieren, statt sie wegzwerfen.

Die Stadt soll prüfen, wie sie Dinge wiederverwenden kann.
Das nennt man Kreislaufwirtschaft.

Dabei geht es um folgende Schritte:

- Die Stadt sammelt oder sortiert Dinge, die noch brauchbar sind.
- Sie bereitet diese Dinge auf, damit sie wieder genutzt werden können.
- Dann gibt sie die Dinge an die Bürgerinnen und Bürger weiter.

Es gibt schon gute Beispiele von anderen Städten.
Zum Beispiel die „NochMall“¹ in Berlin.
Die Stadt Offenbach soll schauen, wie so etwas auch hier funktionieren kann.

¹ siehe <https://www.nochmall.de/> (Betrieb der Berliner Stadtreinigung AöR)

Dafür kann sie Geld nutzen,
das es vom Kreislaufwirtschaftsgesetz gibt.

Wenn es schon Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern gibt,
kann die Stadt mit ihnen zusammenarbeiten.
Aber die Stadt selbst muss die Hauptaufgabe übernehmen.

Wichtig ist auch:
Die Menschen, die dort arbeiten,
müssen fair bezahlt werden –
nach Tarifvertrag.

Parks, Grünflächen und Bäume an den Straßen
machen die Stadt schöner.
Sie sind auch wichtige Orte,
wo sich Menschen erholen können.

Aber noch viel wichtiger ist:
Bäume helfen gegen Hitze in der Stadt.
Große Bäume spenden Schatten.
Sie kühlen die Luft durch Verdunstung.
Das macht die Hitze erträglicher –
gerade in heißen Sommern.

Doch viele Bäume in der Stadt sind kaputt.
Sie leiden unter Trockenheit.
Manche mussten schon gefällt oder stark zurückgeschnitten werden,
weil sie sonst gefährlich werden.

Deshalb fordern wir:
Die Stadt muss ihre Baumpflege sofort ändern.
Es reicht nicht,
nur neue Bäume zu pflanzen.
Jeder einzelne Baum muss über seinen ganzen Lebenszyklus hinweg
geschützt und gepflegt werden.
Dazu gehört vor allem:
Die Bäume müssen rechtzeitig und ausreichend gegossen werden.

Außerdem muss die Stadt bei neuen Bäumen darauf achten,
dass sie besonders gut kühlen.
Denn: Je mehr Wasser ein Baum aufnimmt,
desto mehr kühlt er die Luft.

Das bedeutet:

Die Stadt muss mehr Brauchwasser sammeln –
zum Beispiel Regenwasser.
So können die Bäume genug Wasser bekommen.

Ein gesunder Stadtwald ist wichtig für das Klima in der Stadt.
Aber in den letzten Jahren hat sich der Wald stark verändert.

Ein Problem ist:

Die Trockenheit hat dem Wald sehr geschadet.
Dadurch kann er nicht mehr so gut für ein gutes Klima in Offenbach sorgen.

Gleichzeitig gibt es aber auch eine positive Entwicklung:

Seit die Stadt den Wald nicht mehr so stark bewirtschaftet,
gibt es mehr Totholz.

Außerdem gibt es weniger Monokulturen –
das sind Flächen, auf denen nur eine Baumart wächst.

Das ist gut für die Natur.

Denn dadurch gibt es mehr verschiedene Pflanzen,
Insekten und Tiere im Wald.

Das neue Waldkonzept für Offenbach gibt es noch nicht.

Aber wir erwarten Folgendes:

Das Konzept soll helfen,
den Stadtwald langsam zu einem Mischwald umzubauen.

Ein Mischwald bedeutet:

Es wachsen verschiedene Baumarten nebeneinander.

Der Wald soll so gestaltet werden,
dass er mit dem Klimawandel klarkommt.

Er soll langfristig gesund bleiben.

Dabei muss er drei wichtige Aufgaben erfüllen:

- Er soll das Stadtklima verbessern.
- Er soll den Menschen in Offenbach einen Ort zur Erholung bieten.
- Er soll vielen verschiedenen Pflanzen und Tieren einen Lebensraum geben.

Dafür wird die Stadt Geld ausgeben müssen –
nicht für Holzeinnahmen, sondern für die Pflege des Waldes.

Auf Flächen außerhalb der Stadt,
die Offenbach beeinflussen kann,

soll es Wildnisinseln geben.

Das sind Bereiche, die sich natürlich entwickeln dürfen – ohne dass der Mensch viel eingreift.

Ein Beispiel dafür sind Feldholzinseln.

Das sind kleine Wäldchen oder Baumgruppen in der freien Landschaft.

Uns ist wichtig:

Die Natur soll für alle Menschen zugänglich bleiben.

Viele brauchen den Kontakt zur Natur, um sich vom stressigen Alltag zu erholen.

Deshalb finden wir:

Es soll nur in ganz besonderen Fällen Naturschutzgebiete geben, die für Menschen gesperrt sind.

Wir wollen,

dass der Schultheisweiher erhalten bleibt.

Er soll ein natürlicher und schöner Ort zum Schwimmen sein – für alle Menschen in Offenbach.

Nachbarschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekte haben viele Vorteile. Urban Gardening bedeutet:

Menschen gärtnern gemeinsam in der Stadt – auf Brachflächen, in Hochbeeten oder auf Dächern. Dort pflanzen sie Gemüse, Kräuter oder Blumen an.

Diese Projekte helfen Menschen, sich selbst mit frischem Obst und Gemüse zu versorgen.

Sie machen die Stadt grüner und abwechslungsreicher.

Außerdem lernen die Menschen dabei, wie wichtig die Natur für unser Leben ist.

Deshalb fordern wir:

Die Stadt soll in allen Stadtteilen nach freien Flächen suchen, die für solche Gärten genutzt werden können.

Ein Beispiel sind die „Internationalen Gärten“, wo Menschen aus verschiedenen Ländern gemeinsam gärtnern.

Die Stadt soll diese Projekte unterstützen – oder selbst neue Gärten starten.

Das kann zum Beispiel über das Quartiersmanagement organisiert werden.

Die Linke fordert:

1. Wald für Klima, Erholung und Natur

Der Wald soll drei wichtige Aufgaben haben:

- Er soll das Klima in der Stadt verbessern.
- Er soll den Menschen einen Ort geben, um sich zu erholen.
- Er soll vielen verschiedenen Pflanzen und Tieren einen Lebensraum bieten.

2. Natur für alle zugänglich

Die Natur soll für alle Menschen offen bleiben.

Nur in ganz besonderen Fällen darf es Naturschutzgebiete geben, die nicht betreten werden dürfen.

3. Stadtgrün gegen Hitze schützen

Bäume, Parks und Grünflächen müssen erhalten bleiben.

Sie kühlen die Stadt und machen die Hitze erträglicher.

4. Müll vermeiden und wiederverwenden

Die Stadt soll mehr tun, um Müll zu vermeiden.

Dinge sollen wiederverwendet oder repariert werden.

Das nennt man Kreislaufwirtschaft.

5. Schultheisweiher erhalten

Der Schultheisweiher soll als natürlicher Ort für Erholung und

Artenvielfalt geschützt bleiben.

6. Mehr Gärten für alle in der Nachbarschaft

Nachbarschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekte sollen mehr Unterstützung bekommen.

Jeder soll mitmachen und mitgärtner können.

7. Keine Privatisierung

Wichtige Dinge wie Energie, Wasser oder Verkehr sollen in der Hand der Stadt bleiben.

Die Stadt soll selbst entscheiden können – und nicht an private Firmen abgeben.

Für ein demokratisches Offenbach!

Die Menschen in einer Stadt oder Gemeinde wollen nicht nur alle fünf Jahre wählen gehen. Sie möchten das ganze Jahr über mitreden. Sie wollen mitentscheiden, wie sich ihre Stadt oder Gemeinde entwickelt. Das ist auch gut so.

Nur wenn alle gut informiert sind und mitmachen dürfen, kann die Bevölkerung wirklich einbezogen werden. So entsteht echte Mitbestimmung für alle.

Es gibt viele Möglichkeiten, wie Menschen in einer Kommune mitbestimmen können. Dazu gehören zum Beispiel Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, Fragestunden oder Einwohnerversammlungen. Diese Möglichkeiten sollten von Anfang an genutzt werden.

Damit das funktioniert, müssen Entscheidungen offen und nachvollziehbar sein. Alle Informationen der Verwaltung sollten für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Sie sollten digital gespeichert werden.

Natürlich nur, wenn keine persönlichen Daten geschützt werden müssen.

Auch Verträge, die die Kommune abschließt, müssen für alle einsehbar sein. Damit echte Transparenz entsteht, muss sich die Informationspolitik stark ändern. So können alle Menschen gut informiert mitreden.

In Städten und Gemeinden sollten alle Menschen ab 16 Jahren wählen dürfen. Auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sollten wählen und gewählt werden können.

Politische Ämter und wichtige Positionen in der Verwaltung sollten fair besetzt sein. Mindestens die Hälfte dieser Positionen sollten Frauen einnehmen.

Es sollte nicht mehr nötig sein, viele Unterstützungsunterschriften zu sammeln, wenn jemand für ein Amt kandidieren möchte. Das bremst die Demokratie unnötig aus.

Die Stadt sollte sich für diese Änderungen einsetzen. Sie kann ihre Kontakte und Organisationen nutzen, um auf Bundes- und Landesebene für diese Regeln zu kämpfen.

Die Stadt Offenbach kann mehr tun.

Sie sollte sich für ein Wahlrecht für alle Menschen starkmachen.

Das bedeutet:

Jeder Mensch, der in Offenbach lebt, darf wählen.

Egal, woher die Person kommt.

Die Stadt kann die Initiative „Unsere Städte, unsere Stimmen“ unterstützen. Diese Initiative kämpft dafür, dass alle Menschen wählen dürfen.

Außerdem müssen die Wahllokale schneller barrierefrei werden.

Barrierefrei heißt:

Alle Menschen können die Wahllokale gut nutzen.

Auch Menschen mit Behinderungen.

Auch ältere Menschen.

Auch Eltern mit Kinderwagen.

Nur so können wirklich alle mitbestimmen.

Nur so können alle Menschen in Offenbach an politischen Entscheidungen teilhaben.

Die Linke fordert:

1. Verwaltung soll verständlicher arbeiten

Die Stadt soll klarer erklären, wie sie Entscheidungen trifft.
Alle sollen nachvollziehen können, was passiert.

2. Bürgerbeteiligung ausbauen

Die Stadt soll mehr Möglichkeiten schaffen,
damit alle Menschen mitbestimmen können.
So wird die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger stärker.

3. Wahlrecht für alle in Offenbach

Die Stadt Offenbach soll sich dafür einsetzen,
dass alle Menschen in der Stadt wählen dürfen -
auch Menschen ohne deutschen Pass.

4. Mehr Frauen in wichtige Positionen

Mindestens die Hälfte der Führungsjobs in Politik und Verwaltung sollen Frauen
übernehmen.

5. Wahlen für alle zugänglich machen

Alle Wahllokale in Offenbach müssen barrierefrei sein.
Jede Person soll ohne Hindernisse wählen können.

Für lebendige Stadtteile in Offenbach!

Gute Straßen, Gebäude und Angebote machen
das Leben für alle Menschen besser.
Aber an vielen Orten ist das in Gefahr.

Nur wenn es Stadtteilzentren gibt,
können sich Nachbarinnen und Nachbarn treffen.
Nur wenn es Jugendzentren gibt,
können sich junge Menschen austauschen.
Nur wenn es Läden und Märkte in der Nähe gibt,
können alle Menschen leicht einkaufen.
Nur wenn es schöne Plätze gibt,
können sich die Menschen dort wohlfühlen.

Dort lernen sich die Menschen kennen.
Dort können sie sich gegenseitig helfen.
Dort entsteht eine starke Gemeinschaft.
Das ist wichtig für eine Demokratie, in der alle mitreden können.

In jedem Stadtteil gibt es kluge Menschen und Ideen.
Jeder Stadtteil kann zeigen,
wie die Gesellschaft in der Zukunft aussehen könnte.
Dafür braucht es aber Unterstützung.
Geld und Personal müssen da sein,
damit die Arbeit vor Ort gut funktioniert.
Das nennt man Gemeinwesenarbeit oder Quartiersarbeit.
Das bedeutet:
Menschen arbeiten zusammen,
damit der Stadtteil für alle lebenswert bleibt.

In Offenbach gibt es bald die Station Mitte.
Dort können sich Menschen treffen.
Sie müssen nichts kaufen.
Das ist gut so.

Aber wir wollen noch mehr solche Orte in Offenbach.
Orte, die für alle offen sind.
Orte, die nichts kosten.
Dort können sich Vereine und Gruppen treffen.
Dort können Feste gefeiert werden.
Oder Tauschpartys stattfinden.

Besonders wichtig ist das Kulturkarree um die Stadtbibliothek.
Die Bibliothek zieht bald in die Station Mitte um.
Dann ist das Kulturkarree frei.
Dafür braucht es schnell einen Plan.
Was passiert dort in Zukunft?

In Offenbach sind die Lebensbedingungen nicht überall gleich.
In manchen Stadtteilen ist das Leben schwerer als in anderen.

In der Innenstadt wohnen viele Menschen,
die wenig Geld haben.
Viele haben es im Leben nicht leicht.
Manche sind aus anderen Ländern geflohen.
Manche wurden oft benachteiligt.

Die Stadt Offenbach muss hier besonders helfen.
Sie muss dafür sorgen,
dass alle Menschen gut leben können.
Alle sollen mitmachen dürfen –
egal, woher sie kommen oder wie viel Geld sie haben.

Das geht so:
Die Stadt kann Gruppen im Stadtteil unterstützen.
Sie kann günstige Kulturangebote schaffen.
Es kann Räte für den Stadtteil geben.
Dort können Anwohnerinnen und Anwohner mitreden.
Und es braucht Menschen,
die sich um den Stadtteil kümmern.
Das nennt man Quartiersarbeit.
Diese Menschen organisieren Hilfe und Angebote vor Ort.

Die Stadtteile am Rand von Offenbach haben oft gute soziale Strukturen.
Das bedeutet:
Die Menschen dort kennen sich.
Sie helfen sich gegenseitig.
Das ist wichtig und muss so bleiben.

Vor allem die Zentren der Stadtteile sind wertvoll.
Dort treffen sich die Menschen.
Dort gibt es Läden, Plätze und Treffpunkte.
Diese Orte müssen erhalten bleiben.

Jeder Stadtteil braucht eine gute Grundausstattung.

Dazu gehören zum Beispiel:

Läden zum Einkaufen,

Busse und Bahnen,

Plätze zum Treffen,

und Orte für Feste und Gemeinschaft.

Das gilt für Bürgel, Rumpenheim und Bieber.

Aber auch für Tempelsee und Lauterborn.

Nur so bleiben die Stadtteile lebendig.

Nur so fühlen sich die Menschen dort wohl.

In Bieber gibt es jetzt einen Stadtteilmarkt.

Das ist eine gute Idee.

Dort können Menschen einkaufen.

Und sie können sich treffen.

So einen Markt brauchen auch die anderen Stadtteile.

Vor allem die Stadtteile, die weiter außen liegen.

Dann müssen die Menschen nicht so weit fahren.

Sie können vor Ort einkaufen.

Und sie können sich mit anderen austauschen.

Das verbessert die Versorgung.

Und es schafft Orte, an denen sich Menschen begegnen.

Offenbach ist eine große Stadt.

Aber Offenbach hat etwas nicht,

was andere große Städte haben:

ein richtiges Hallenbad.

Das Waldschwimmbad ist schön.

Aber es ist ein Freibad mit einer Luft-Halle.

Eine Luft-Halle ist wie ein großer,

aufgeblasener Plastiksack über einem Schwimmbad.

Sie schützt vor Wind und Regen,

aber sie ist nicht so stabil wie ein richtiges Haus.

Im Winter wird es darin schneller kalt.

Für eine Stadt,

in der immer mehr Menschen wohnen,

reicht das nicht aus.

Deshalb fordern wir:

Es muss ein zweites Schwimmbad geben.
Und das soll ein echtes Hallenbad sein.
Dort können Menschen das ganze Jahr über schwimmen –
auch wenn es draußen kalt oder regnerisch ist.

Die Linke fordert:

1. Mehr Treffpunkte für alle

Es soll Räume geben, die für alle offen sind.
Dort können sich Menschen treffen oder Feste feiern.
Jeder Stadtteil soll solche Räume haben.

2. Wochenmärkte in jedem Stadtteil

In jedem Stadtteil soll es einen Wochenmarkt geben.
Dort können die Menschen frische Lebensmittel kaufen.
Und sie können sich beim Einkaufen treffen.

3. Quartiersarbeit stärken und ausbauen

Die Arbeit im Stadtteil muss gut funktionieren.
Es braucht genug Geld und Personal,
damit die Menschen vor Ort unterstützt werden.
Die Angebote sollen genau das bieten,
was die Menschen im Stadtteil brauchen.

4. Mehr Jugend- und Stadtteilzentren

Es sollen mehr Zentren
für Jugendliche und Nachbarinnen und Nachbarn geben.
Dort können sich die Menschen austauschen,
Hilfe bekommen oder gemeinsam etwas unternehmen.

5. Ein neues Hallenbad bauen

Offenbach braucht ein richtiges Hallenbad.
Es soll das ganze Jahr geöffnet sein.
Alle Menschen sollen dort schwimmen können –
auch bei schlechtem Wetter.

6. Kulturkarre mit klarem Plan

Die Stadt soll ein Konzept für das Kulturkarree erstellen.
Darin steht, wie der Ort für Kultur, Begegnungen und Veranstaltungen genutzt wird.
Alle Menschen in Offenbach sollen davon profitieren können.

Für ein feministisches Offenbach!

In unserer Gesellschaft werden viele Menschen benachteiligt.
Das betrifft zum Beispiel Frauen und Lesben.
Aber auch intergeschlechtliche Menschen, nichtbinäre Menschen,
trans-Menschen und agender-Menschen.

Intergeschlechtliche Menschen

sind Menschen, die mit körperlichen Merkmalen geboren wurden,
die nicht klar als „männlich“ oder „weiblich“ einzustufen sind.

Nichtbinäre Menschen

fühlen sich weder nur als Frau noch nur als Mann.
Manche fühlen sich dazwischen, manche gar nicht als ein bestimmtes Geschlecht.

Trans Menschen

sind Menschen, deren Geschlecht nicht zu dem passt,
das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.
Zum Beispiel eine Person, die bei der Geburt als Junge eingestuft wurde,
aber sich als Mädchen oder Frau fühlt – oder umgekehrt.

Agender Menschen

fühlen sich keinem Geschlecht zugehörig.
Sie sagen: Ich bin weder Mann noch Frau.

Man nennt diese ganze Gruppe auch FLINTA.
FLINTA steht für: Frauen, Lesben, inter-, nichtbinäre, trans- und agender-Personen.

Diese Menschen werden oft schlechter behandelt,
nur weil sie nicht dem typischen Bild von „Mann“ entsprechen.
Sie haben weniger Chancen und werden nicht immer ernst genommen.

FLINTA sind öfter von Armut betroffen als andere.
Sie erleben häufiger Gewalt.
Sie machen mehr unbezahlte Arbeit,
zum Beispiel Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen.

In der Politik sind FLINTA seltener vertreten.
Deshalb werden ihre Themen und Probleme oft ignoriert.
Manche sagen auch:
Ihre Anliegen werden „unter den Teppich gekehrt“.
Das bedeutet, dass niemand darüber sprechen will.

Selbst in Offenbach wird Politik oft ohne FLINTA gemacht.
Es wird über sie entschieden, aber sie dürfen nicht immer mitreden.

Für uns von der Partei Die Linke ist klar:
Wir müssen Kommunalpolitik anders machen.
Wir müssen sie feministisch gestalten.
Das heißt: Wir müssen Politik aus der Sicht von FLINTA denken.

Feministische Politik bedeutet,
dass die Bedürfnisse von FLINTA im Mittelpunkt stehen.
Denn feministische Politik betrifft viele Bereiche:

- wie unsere Stadt gebaut wird,
- wie Menschen sich fortbewegen können,
- wer sich um Kinder oder kranke Menschen kümmert,
- wie Wohnungen verteilt werden,
- wie Menschen vor Gewalt geschützt werden,
- wie die Gesundheit aller sichergestellt wird
- und wie die Stadtverwaltung arbeitet.

Die Stadt Offenbach muss deshalb prüfen:
Werden FLINTA bei politischen Entscheidungen fair behandelt?
Und: Wird genug Geld für feministische Politik eingeplant?

Das Frauenbüro der Stadt braucht mehr Unterstützung.
Es braucht mehr Geld und mehr Personal.
Nur so kann Gleichstellung in der Politik wirklich umgesetzt werden.

Früher wurde Stadtplanung oft nur für einen bestimmten Typ Mann gemacht. Man dachte dabei an einen Mann,
der arbeitet,
Auto fährt
und nur zwischen Wohnung und Arbeitsplatz pendelt.

Doch diese Planung passt nicht für FLINTA.
Denn FLINTA übernehmen oft die Sorgearbeit.
Das bedeutet:
Sie kümmern sich um Kinder,
pflegen kranke oder ältere Menschen
und erledigen den Haushalt.

Wer Sorgearbeit macht, braucht andere Dinge in der Nähe.

Zum Beispiel:

- Kindergärten,
- Spielplätze,
- Supermärkte,
- Pflegeheime
- oder Arztpraxen.

Diese Orte müssen schnell erreichbar sein.

Am besten zu Fuß, mit dem Fahrrad
oder mit Bus und Bahn.

Dafür braucht es:

- Gute Fahrradwege,
damit Radfahren sicher ist.
- Barrierefreie Gehwege,
damit man mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Gehhilfe gut vorankommt.
- Guten und günstigen Nahverkehr,
damit alle Menschen gut von A nach B kommen.

Stadtplanung muss auch an öffentliche Plätze denken.

Diese Plätze sollen für alle gut nutzbar sein.

Spielplätze müssen schattig sein und gut ausgestattet.

Das bedeutet: Es braucht genug Bänke und Sitzmöglichkeiten.

Außerdem müssen dort kostenlose Toiletten sein.

Diese Toiletten müssen für alle zugänglich sein –
auch für Menschen mit Behinderung.

Und sie müssen so sein,
dass sich dort alle Menschen wohlfühlen,
unabhängig vom Geschlecht.

Auf diesen Toiletten muss man auch Kinder wickeln können.

Wickeln bedeutet: Windeln bei Babys wechseln.

Sorgearbeit darf nicht einfach als Privatangelegenheit gesehen werden.

Sie darf nicht nur FLINTA überlassen bleiben.

Denn Sorgearbeit ist wichtig für die ganze Gesellschaft.

Die Stadt muss Sorgearbeit als öffentliche Aufgabe verstehen.

Das bedeutet:

Die Stadt muss sich aktiv darum kümmern.

Dazu gehört zum Beispiel:

Kostenlose Kinderbetreuung für alle.

Die Betreuungszeiten müssen flexibel sein.

Auch für Menschen, die früh morgens, spät abends oder nachts arbeiten.

Es braucht Ganztagschulen mit gutem Angebot.

So haben Eltern mehr Zeit für Arbeit oder Erholung.

Auch die Pflege von Angehörigen muss unterstützt werden.

Die Stadt muss hier Hilfsangebote schaffen.

Zum Beispiel durch Pflegeberatung oder finanzielle Unterstützung.

FLINTA leiden besonders unter dem Wohnungsmangel.

Das hat zwei Gründe:

Erstens sind FLINTA öfter von Armut betroffen.

Zweitens erleben FLINTA häufiger Gewalt zu Hause.

Wenn der Wohnungsmarkt teuer ist,

finden sie oft keine bezahlbare Wohnung.

Das ist besonders schlimm, wenn sie schnell eine neue Wohnung brauchen – zum Beispiel nach Gewalt in der Familie.

Die Linke fordert deshalb:

Mehr Beratungsstellen für Betroffene von Gewalt.

Diese Stellen sollen helfen,

wenn jemand häusliche Gewalt oder queerfeindliche Angriffe erlebt.

Außerdem braucht es mehr Plätze in Gewaltschutzhäusern.

Dort können Menschen sicher unterkommen,

wenn sie zu Hause nicht mehr bleiben können.

Queer ist ein Begriff für Menschen,

die nicht der klassischen Vorstellung von Geschlecht oder Liebe entsprechen.

Das können zum Beispiel lesbische, schwule, bisexuelle,

trans- oder nichtbinäre Menschen sein.

Queerfeindliche Gewalt bedeutet:

Menschen werden angegriffen oder bedroht, nur weil sie queer sind.

Die Istanbul-Konvention ist ein internationaler Vertrag.
Sie beschreibt genau, was getan werden muss,
um Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen.
Wir von der Linken wollen, dass dieser Vertrag in Offenbach vollständig umgesetzt wird.

Betroffene von Gewalt haben ein Recht auf Hilfe.
Das bedeutet:
Sie brauchen Unterstützung für die Psyche,
rechtliche Beratung
und finanzielle Hilfe.

Körperliche Gewalt, psychische Gewalt
und sexualisierte Gewalt
dürfen nicht toleriert werden.
Solange es Gewalt gibt,
brauchen wir gut finanzierte Frauenhäuser.
Dort finden FLINTA Schutz.

Es darf nicht sein,
dass FLINTA in Not abgewiesen werden –
weil kein Platz frei ist oder das Geld fehlt.

Deshalb fordern wir:
Mehr Plätze im Offenbacher Frauen- und Kinderhaus.
Und: Ein zweites Frauenhaus in Offenbach.
So kann allen Betroffenen geholfen werden.

Die Menschen im Frauenhaus brauchen Unterstützung,
um das Erlebte zu verarbeiten
und ein neues Leben aufzubauen.
Dafür braucht das Frauenhaus mehr Personal.

Außerdem fordern wir:
Eine Beratungsstelle in Offenbach für alle,
die Gewalt erlebt haben.

Für viele FLINTA-Jugendliche und FLINTA
gehört Gewalt im Alltag dazu.
Das fängt bei Catcalling an.

Catcalling bedeutet:

Menschen wird auf der Straße hinterhergerufen
oder Menschen werden angepöbelt.
Es geht weiter mit Anrempeln
bis hin zu sexuellen Übergriffen.

Damit sich die Gesellschaft wirklich ändert,
brauchen wir ein Präventions- und Bildungsprogramm.

Das bedeutet:

Schon früh müssen Kinder lernen,
wie man respektvoll, gewaltfrei
und gleichberechtigt miteinander umgeht.

Dieses Programm muss fest verankert sein –
zum Beispiel in Kitas, Schulen und Vereinen.
Es soll FLINTA-Jugendlichen und FLINTA zeigen:
Ihr habt das Recht auf Respekt und Sicherheit.

Prävention heißt:

Man verhindert Gewalt, bevor sie passiert.
Das geht nur, wenn alle von Anfang an lernen,
dass Gewalt und Diskriminierung falsch sind.

Wir wollen, dass alle Menschen gleichberechtigt sind –
unabhängig vom Geschlecht.
Gleichzeitig brauchen alle Kinder und Jugendlichen
sichere Orte und gleiche Chancen.

Dafür müssen Fachkräfte gut ausgebildet werden.
Fachkräfte sind zum Beispiel Erzieherinnen und Erzieher,
Lehrerinnen und Lehrer oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.
Sie brauchen genug Geld für ihre Arbeit
und müssen gut geschult sein.

Außerdem braucht es in allen Schulen, Kitas und Betreuungsstellen:
Feste Regeln zum Schutz vor Gewalt und Diskriminierung.
Und klare Wege, um sich zu beschweren,
wenn etwas nicht in Ordnung ist.

Offenbach muss auch in der Gesundheitspolitik besser werden.
Wir von der Linken wollen,
dass Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr als Tabu behandelt werden.

Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen müssen leicht zu finden sein. Zum Beispiel auf der Homepage der Stadt oder in Jugendzentren.

Dort soll stehen:

Welche Ärztinnen und Ärzte in Offenbach

Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Wie der Ablauf rechtlich und finanziell aussieht.

Beratungsstellen müssen unterstützt werden.

Die Menschen, die dort arbeiten,

und die FLINTA, die Hilfe suchen,

müssen vor Angriffen geschützt werden.

Menstruationsprodukte wie Binden, Tampons oder Slipeinlagen sollen in allen öffentlichen Gebäuden kostenlos sein.

Genauso wie Seife oder Toilettenpapier.

Denn diese Dinge sind Hygieneartikel –

also etwas, das alle brauchen.

Auch Verhütungsmittel wie Kondome oder Pillen

sollen kostenlos bereitgestellt werden.

Das gilt für alle städtischen Einrichtungen

Es gibt noch einen wichtigen Punkt:

Wir brauchen mehr FLINTA in der Politik und Verwaltung.

Aktuell sind viele Strukturen so,

dass FLINTA schwer mitmachen können.

Oder sie werden sogar ausgeschlossen.

Deshalb fordern wir:

Mindestens 50 Prozent der politischen Ämter und Mandate

müssen mit FLINTA besetzt werden.

Das bedeutet:

In jedem Gremium, in jeder Entscheidungsebene

müssen genauso viele FLINTA wie Männer vertreten sein.

Das soll zu einem Umdenken führen.

Umdenken heißt:

Die Politik und Verwaltung müssen sich ändern –

damit FLINTA gleichberechtigt mitbestimmen können.

Außerdem muss Sorgeverantwortung berücksichtigt werden.

Sorgeverantwortung bedeutet:

Menschen, die sich um Kinder oder Angehörige kümmern,
müssen trotzdem Politik machen können.

Zum Beispiel durch Kinderbetreuung während Sitzungen.

Unser Ziel ist klar:

Wir wollen Offenbach feministisch gestalten.

Das soll kein Randthema sein.

Sondern die Grundlage für alle politischen Entscheidungen.

Die Linke fordert:

1. Feministische Politik als Grundlage

Bei jedem politischen Beschluss muss gefragt werden:

Werden FLINTA fair behandelt?

Werden ihre Bedürfnisse berücksichtigt?

2. Schutz vor Gewalt für alle Frauen und Mädchen

Die Stadt soll alle Regeln der Istanbul-Konvention umsetzen.

Das bedeutet:

Frauen und Mädchen sollen besser vor Gewalt geschützt werden.

Es muss mehr Hilfsangebote und sichere Orte für Betroffene geben.

3. Kostenlose Kinderbetreuung für alle

Jedes Kind soll einen Platz in der Kita

oder bei der Tagesmutter bekommen.

Die Stadt soll Pflegearbeit unterstützen –

zum Beispiel durch Beratung oder finanzielle Hilfe.

4. Beratungsstelle für Betroffene von Gewalt

Es braucht eine Anlaufstelle in Offenbach,

wo Menschen Hilfe bekommen,

wenn sie Gewalt erlebt haben.

5. Mehr Schutz vor Gewalt

Ein zweites Gewaltschutzhaus in Offenbach.

Mehr Plätze und mehr Personal im Frauen- und Kinderhaus.

Projekte, die Gewalt verhindern, müssen gefördert werden.

6. Geschlechtergerechtigkeit lernen

In Schulen, Kitas und Jugendzentren soll es Programme geben,
die Respekt und Gleichberechtigung vermitteln.

Dafür braucht es genug Geld und gut ausgebildete Fachkräfte.

7. Kostenlose Menstruationsprodukte

Binden, Tampons und Slipeinlagen sollen in allen öffentlichen Gebäuden kostenlos sein – so wie Seife oder Toilettenspender.

8. Schwangerschaftsabbrüche enttabuisieren

Die Stadt soll Informationen leicht zugänglich machen.

Betroffene sollen wissen:

Wo gibt es Hilfe?

Welche Ärztinnen und Ärzte führen Abbrüche durch?

9. Mehr FLINTA in der Politik

Mindestens die Hälfte aller politischen Ämter sollen mit FLINTA besetzt sein.

So wird Politik gerechter.

10. Stärkeres Frauenbüro

Das Frauenbüro braucht mehr Geld und mehr Personal, um Gleichstellung durchzusetzen.

Queeres Leben in Offenbach

Wir von der Linken kämpfen dafür,
dass queere Menschen selbst über ihr Leben bestimmen können.

Queer bedeutet:
Menschen lieben nicht nur das andere Geschlecht.
Oder sie fühlen sich nicht nur als Mann oder als Frau.

Wir wollen eine Politik,
die für alle queeren Menschen gilt.
Egal wie alt sie sind.
Egal ob sie aus Deutschland kommen oder aus einem anderen Land.
Egal ob sie eine Behinderung haben oder nicht.
Egal ob sie körperlich oder seelisch eingeschränkt sind.
Egal wie sie leben und wie viel Geld sie haben.

Alle queeren Menschen sollen gleichberechtigt sein.
Alle sollen mit Respekt behandelt werden.
Alle sollen gerecht leben können.

Queere Menschen erleben immer öfter Hass und Ungerechtigkeit.
Sie werden beleidigt, bedroht oder benachteiligt.

Auch in der Politik gibt es ein Problem:
Rechte, für die queere Menschen lange gekämpft haben,
werden jetzt wieder in Frage gestellt.

Das macht die Gesellschaft härter.
Immer mehr Menschen denken,
dass es okay ist, queere Personen schlecht zu behandeln.

Auch in Offenbach nimmt der Hass gegen queere Menschen zu.

Wir sind sicher:
Jeder Mensch soll frei sein.
Jeder soll so leben können, wie er oder sie sich fühlt.
Egal, welches Geschlecht jemand hat.
Egal, wen jemand liebt.
Und das ohne Angst zu haben.

Dafür braucht es in Offenbach einen sicheren Ort.
Einen Ort für queere Gruppen, Projekte und Ideen.

Dort soll es geben:

Beratung für Menschen, die Hilfe brauchen.
Schulungen, damit alle mehr über queere Themen lernen.
Treffen, damit sich queere Menschen austauschen können.
Und Angebote, die Gewalt und Hass verhindern.

Wir fordern:

Die Stadt Offenbach soll so ein queeres Zentrum einrichten.
Und sie soll es mit Geld unterstützen.

In Offenbach fehlen noch sichere Orte für queere Menschen.
Dort können sie Schutz finden, wenn sie bedroht oder angegriffen werden.
Und sie brauchen mehr Unterstützung.

Besonders wichtig sind Wohn- und Pflegeprojekte.

Dort sollen queere ältere Menschen und queere Menschen mit Pflegebedarf leben können.
Bisher wird zu wenig auf ihre Bedürfnisse geachtet.
Das muss sich ändern.

Wir müssen queere Jugendgruppen stärken.
Und wir müssen mehr solche Gruppen in Offenbach aufbauen.

Schulen sollen queeres Leben zeigen.

Sie sollen dafür sorgen, dass queeres Leben normal wird.
Dass alle akzeptieren, wie vielfältig Menschen sind.
Egal, welches Geschlecht jemand hat.
Egal, wen jemand liebt.

Jugendgruppen brauchen gute Betreuung.
Fachleute sollen die Gruppen begleiten.
Damit queere Jugendliche dort sicher sind.
Damit sie Beratung bekommen.
Und damit sie sich untereinander austauschen können.

Wir wollen, dass Offenbach offener und vielfältiger wird.
Dafür braucht es einen Christopher Street Day – kurz CSD.
Das ist ein Fest für queere Menschen.
Ein Fest für Offenheit und Toleranz.

Die Stadt Offenbach soll helfen.
Sie soll Räume und Möglichkeiten schaffen.
Damit der erste CSD in Offenbach stattfinden kann.

So zeigt Offenbach:

Hier sind queere Menschen willkommen.

Hier steht die Stadt an ihrer Seite.

Wir als Linke fordern:

In öffentlichen Gebäuden sollen es geschlechtsneutrale Toiletten geben.

Das sind Toiletten für alle Menschen.

Egal, welches Geschlecht jemand hat.

So hat jeder Mensch einen sicheren Ort.

Niemand muss Angst vor Diskriminierung haben.

Unser Ziel ist deutlich:

Queeres Leben soll in Offenbach sichtbar sein.

Es soll sicher sein.

Und es soll normal sein.

So wird Offenbach auf Dauer eine Stadt,
in der alle Menschen respektiert werden.

In der alle akzeptiert werden.

Eine Stadt, die offen und vielfältig ist.

Die Linke fordert:

1. Ein queeres Zentrum für alle

Ein sicherer Ort in Offenbach.

Dort gibt es:

- Beratung für queere Menschen
- Schulungen über queere Themen
- Treffen und Austausch
- Hilfe, um Gewalt zu verhindern

2. Schutz vor Gewalt für queere Menschen

Mehr Schutzhäuser in Offenbach.

Dort finden queere Menschen Hilfe,
wenn sie bedroht oder angegriffen werden.

3. Mehr Angebote für queere Jugendliche

Es soll mehr Gruppen und Projekte für lesbische, schwule,
bisexuelle, trans und queere Jugendliche geben.

Diese Angebote sollen gut unterstützt und bekannt gemacht werden.

4. Toiletten für alle Geschlechter

In öffentlichen Gebäuden:

Toiletten ohne Geschlechtertrennung.

Für alle Menschen sicher und zugänglich.

Auch für Menschen mit Behinderung.

5. Wohnen und Pflege für queere Seniorinnen und Senioren

Spezielle Wohn- und Pflegeprojekte.

Die auf queere ältere Menschen und Pflegebedürftige eingehen.

Ihre Bedürfnisse sollen endlich beachtet werden.

6. Ein CSD für Offenbach

Ein Christopher Street Day in Offenbach.

Ein Fest für Offenheit und Vielfalt.

Damit die Stadt zeigt:

Queere Menschen sind willkommen.

Für ein kinder- und jugendgerechtes Offenbach!

Offenbach ist eine der jüngsten Großstädte in Deutschland.

Das bedeutet:

Die Menschen dort sind im Durchschnitt jünger als in vielen anderen Städten.

In ganz Deutschland sieht es anders aus:

Die Gesellschaft wird immer älter.

Immer weniger Menschen sind unter 18 Jahre alt.

Oft hört niemand auf die Wünsche und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen.

Manchmal werden sie sogar ignoriert.

Ein Grund dafür ist:

Kinder und Jugendliche dürfen nicht wählen.

Doch ihre Meinungen sind wichtig.

Nicht nur heute, sondern auch für die Zukunft.

Ihre Ideen helfen, gute Politik für die Zukunft zu machen.

Besonders in Städten und Gemeinden ist das wichtig.

Denn hier werden viele Entscheidungen getroffen.

Diese Entscheidungen betreffen das Leben von Kindern und Jugendlichen direkt.

Zum Beispiel:

Wo Spielplätze gebaut werden.

Wie Schulen aussehen.

Oder welche Freizeitangebote es gibt.

Wir von der Linken finden:

Junge Menschen sollen in der Kommunalpolitik mitreden können.

Sie sollen ihre Ideen und Wünsche einbringen dürfen.

Warum ist das wichtig?

Weil junge Menschen wissen, was für sie gut ist.

Wenn sie mitbestimmen,

kann die Stadt für sie attraktiver und lebenswerter werden.

Eine Stadt, die gut für Kinder und Jugendliche ist,

bietet nicht nur viele Freizeitmöglichkeiten.

Sie bietet auch Kulturangebote und Sportmöglichkeiten.

Aber das reicht nicht.

Junge Menschen sollen auch wirklich mitentscheiden dürfen.

Sie sollen mitgestalten können,
wie ihre Stadt aussieht und was dort passiert.

Kinder und Jugendliche sollen bei allen politischen Entscheidungen mitreden dürfen.
Vor allem, wenn es um Themen geht, die sie direkt betreffen.

Deshalb setzen wir uns ein für ein starkes Kinder- und Jugendparlament.
Die Abkürzung dafür ist KJP.
Wir wollen, dass das KJP mehr Unterstützung bekommt.
Außerdem sollen mehr junge Menschen dort mitmachen können.

Das KJP braucht auch genug Geld.
Dieses Geld soll das Parlament selbst verwalten dürfen.
So können Kinder und Jugendliche selbst entscheiden,
wofür das Geld ausgegeben wird.

Wir fordern noch etwas:
Junge Menschen sollen schon ab 16 Jahren wählen dürfen.

Auch andere Gruppen von Kindern und Jugendlichen sollen mehr Unterstützung bekommen.
Dazu gehören zum Beispiel:
der Stadtschülerrat – kurz SSR –
und der Stadtjugendring – kurz SJR.

Diese Gruppen brauchen drei Dinge:
Erstens: Sie sollen mehr mitbestimmen dürfen.
Zweitens: Sie brauchen Räume, in denen sie sich treffen können.
Drittens: Sie brauchen Geld für ihre Arbeit.
Dieses Geld sollen sie selbst verwalten dürfen.

Außerdem soll es weniger bürokratische Regeln geben.
Was bedeutet das?
Die Gruppen sollen ihre Veranstaltungen und Angebote leichter organisieren können.
Zum Beispiel Ferienfreizeiten oder andere Aktionen.
Sie sollen nicht zu viel Papierkram erledigen müssen.

Kinder und Jugendliche haben Rechte.
Diese Rechte müssen in allen Bereichen geschützt werden.
Dafür braucht es gute Pläne und Konzepte in der Stadt.
Diese Pläne nennt man kommunale Kinder- und Jugendschutzkonzepte.
Die Stadt muss diese Konzepte verbessern und weiterentwickeln.

Außerdem braucht es zwei wichtige Stellen:

Erstens: Ein Kinder- und Jugendbüro.

Zweitens: Eine Ombudsstelle für Kinderrechte.

Was ist eine Ombudsstelle?

Das ist eine Anlaufstelle, die sich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzt.

Diese Ombudsstelle hat zwei Aufgaben:

Sie sorgt dafür, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen beachtet werden.

Und sie holt die Meinungen von Gruppen wie dem SSR, dem SJR und dem KJP ein.

So wird sichergestellt:

Kinder und Jugendliche werden ernst genommen.

Ihre Rechte werden gestärkt.

Wir von der Linken wollen:

Junge Menschen in Offenbach sollen sich besser selbst organisieren können.

Dafür braucht es zwei Dinge:

Erstens: Mehr Jugendzentren.

Zweitens: Jugendtreffs, die von jungen Menschen selbst verwaltet werden. Diese Treffs sollen Unterstützung von der Stadt bekommen.

Außerdem sollen Jugendsozialarbeiter und Jugendsozialarbeiterinnen dabei helfen.

Sie geben Rat und Begleitung.

Warum ist das wichtig?

Weil junge Menschen so Verantwortung übernehmen können.

Sie lernen, wie man sich einbringt und mitbestimmt.

Die Stadt soll auch Jugendbeauftragte einsetzen.

Was machen diese Jugendbeauftragten?

Sie sind feste Ansprechpersonen für junge Menschen.

Sie organisieren und verbinden die Jugendarbeit in Offenbach.

So wird sichergestellt:

Junge Menschen werden gehört.

Ihre Ideen und ihr Engagement werden unterstützt.

Wenn Jugendliche eigene Ideen für Jugendtreffs haben,

soll die Stadt sie dabei unterstützen.

Die Stadt soll helfen, diese Treffs mitzustalten oder neu zu schaffen.

In den Jugendzentren sollen mehr Workshops angeboten werden.

Die Themen sollen Jugendliche interessieren.

Zum Beispiel:

Kochkurse,

Musik- und Kunstkurse,

Sportangebote,

Selbstverteidigungstrainings,

Veranstaltungen zu Antirassismus, Demokratie und Stärkung des Selbstbewusstseins.

Auch andere Themen sind möglich.

Die Jugendlichen selbst dürfen Vorschläge machen.

In Offenbach gibt es ein weiteres Problem:

Es fehlen Räume für queere Jugendliche.

Was bedeutet queere Jugendliche?

Das sind Jugendliche, die lesbisch, schwul, bisexuell, trans oder nicht-binär sind.

Oder die sich einfach nicht in die klassischen Geschlechterrollen einordnen wollen.

Diese Jugendlichen brauchen sichere Räume.

Dort können sie sich treffen und austauschen.

Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sollen sie begleiten.

In diesen Räumen sollen sie sich frei und sicher fühlen können.

Kinder und Jugendliche haben das Recht,

sich frei zu bewegen und unterwegs zu sein.

Wir fordern als ersten Schritt:

Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende

sollen kostenlos Bus und Bahn nutzen können.

Am besten mit einem Deutschlandticket.

Auch Musik- und Sportangebote sollen für alle offen sein.

Und sie sollen bezahlbar sein.

Wir wollen mehr Geld für Jugendfreizeiteinrichtungen.

Kinder und Jugendliche sollen kostenlos in städtische Museen und Theater dürfen.

Auch das Waldschwimmbad soll für Kinder nichts kosten.

So können alle mitmachen –

unabhängig davon, wie viel Geld ihre Familie hat.

Die Offenbacher Stadtbibliothek und die Kinderbibliothek sind wichtig.

Warum?

Weil dort Kinder und Jugendliche lernen können.
Sie sind auch ein Ort, an dem man in Ruhe arbeiten kann.
Für viele ist es der einzige Ort,
wo sie einen Computer mit Internet nutzen können.

Diese Aufgaben müssen die Bibliotheken weiter erfüllen.
Auch bis zum Umzug in die Station Mitte.

Dafür braucht es zwei Dinge:
Erstens: Genug Geld und Platz.
Es darf nicht gespart werden.
Zweitens: Längere Öffnungszeiten.

Außerdem muss der Bücherbus erhalten bleiben.
Der Bücherbus fährt zu Menschen,
die nicht so einfach in die Bibliothek kommen können.

Kinder müssen bei der Stadtplanung mitgedacht werden.
In jedem Stadtteil von Offenbach braucht es moderne Spielplätze.
Diese Spielplätze sollen gut gepflegt sein.
Sie sollen Schutz vor Hitze bieten.
Und sie sollen Spielgeräte haben,
an denen alle Kinder mitspielen können –
auch Kinder mit Behinderungen.

Für ältere Kinder und Jugendliche fehlen Orte zum Treffen.
Besonders in Wohngebieten, wo viele Menschen leben.

Jugendliche sind keine Störfaktoren.
Sie sind gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen.
Deshalb brauchen sie Platz in der Stadt.
Auch eine einfache Parkbank kann so ein Ort sein.
Solche Treffpunkte dürfen nicht einfach wegfallen.

Wir brauchen mehr kostenlose Sportmöglichkeiten.
Zum Beispiel:
Frei zugängliche Sportplätze,
Fußballtore und Basketballkörbe,
Calisthenics-Parks und Parcours-Trainingsanlagen –
so wie es sie im Senefelder Quartierspark gibt.

Warum ist das wichtig?
Weil Jugendliche so Sport machen können, ohne Geld zu bezahlen.

Sie können sich ihre Stadt aneignen.
Das stärkt ihr Selbstbewusstsein.
Und sie fühlen sich mehr mit ihrem Wohnort verbunden.

Statt mehr Kontrollen durch Polizei oder Ordnungsamt,
brauchen wir Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen.
Diese sollen zu den Jugendlichen gehen –
dort, wo sie sich aufhalten.

Die Linke fordert:

1. Junge Menschen sollen mehr mitbestimmen können.

Dafür müssen das Kinder- und Jugendparlament (KJP),
der Stadtschülerrat (SSR) und der Stadtjugendring (SJR)
mehr Unterstützung und Geld bekommen.

2. Kinder und Jugendliche brauchen Schutz und eine Stimme.

Die Stadt soll ein Kinder- und Jugendschutzkonzept erstellen.
Es soll eine Ombudsstelle für Kinderrechte geben.
Außerdem braucht es Jugendbeauftragte,
die sich um die Belange von Kindern und Jugendlichen kümmern.

3. Jugendliche brauchen eigene Räume.

Es soll mehr Jugendzentren geben.
Selbstverwaltete Jugendtreffs sollen unterstützt werden.
Außerdem braucht es sichere Räume für queere Jugendliche.

4. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sollen mehr präsent sein.

Sie sollen dort arbeiten, wo sich Jugendliche aufhalten.
Das nennt man aufsuchende Jugendarbeit.

5. Es soll mehr Angebote für Jugendliche geben.

Zum Beispiel Workshops zu:
Politik, Antirassismus, Kunst, Kultur und Sport.

6. Bibliotheken sollen länger offen haben.

Die Stadtbibliothek und die Kinderbibliothek brauchen längere Öffnungszeiten.

7. Mehr Spiel- und Sportmöglichkeiten für alle.

In allen Stadtteilen sollen moderne Spielplätze entstehen.
Besonders in Wohngebieten mit vielen Menschen
braucht es öffentliche Sportflächen für Jugendliche.

8. Kultur, Sport und Freizeit sollen für alle bezahlbar sein.

Musik- und Sportangebote sollen günstig oder kostenlos sein.
Kinder und Jugendliche sollen kostenlos ins Schwimmbad,
ins Museum und ins Theater dürfen.

Offenbach soll besser für ältere Menschen werden!

In Offenbach leben manche Menschen über hundert Jahre.

Das ist eine gute Sache.

Aber es gibt auch Probleme:

Wie können alle gut leben?

Wie kann die Stadt helfen?

Wie können wir zusammenhalten?

Als Linke sagen wird:

Die Stadt muss für alle da sein.

Auch wenn sich die Bevölkerung verändert.

Wenn mehr Menschen älter werden,

müssen wir uns gegenseitig unterstützen.

Was ist nötig?

- Sorgeverantwortung fair teilen
 - Alle sollen sich um andere kümmern.
 - Nicht nur Frauen oder Familien.
 - Sondern alle Menschen in der Stadt.
 - Das nennt man Sorgeverantwortung.
- Gute Infrastruktur
 - Das sind Dinge, die alle brauchen.
 - Zum Beispiel:
 - Gute Straßen.
 - Gute Busse und Bahnen.
 - Und Orte, wo man sich treffen kann.
- Soziale Einrichtungen müssen zusammenarbeiten
 - Das sind Orte, die helfen.
 - Zum Beispiel:
 - Pflegeheime.
 - Beratungsstellen.
 - Treffpunkte für ältere Menschen.
- Guter ÖPNV für alle
 - ÖPNV sind Busse und Bahnen.
 - Sie sollen für alle gut erreichbar sein.
 - Und sie sollen nicht zu teuer sein.

- Günstige und barrierefreie Wohnungen
Wohnungen sollen bezahlbar sein.
Und für alle zugänglich.
Auch für Menschen mit Rollstuhl.

So wird Offenbach eine Stadt,
in der sich alle wohlfühlen.
Egal wie alt sie sind.
Egal ob Mann, Frau oder nicht-binäre Person.

Viele Seniorinnen und Senioren leben in Wohnungen,
die eigentlich zu groß für sie sind. Aber sie können nicht umziehen. Denn es gibt zu wenig
andere Wohnungen.
Und die Mieten sind sehr hoch.

Das hat zwei große Nachteile:
Erstens kostet die große Wohnung viel Geld.
Zweitens fühlen sich manche allein.
Denn in zu großen Wohnungen lebt man oft isoliert.

Als Linke wollen wir, dass ältere Menschen selbst entscheiden können, wie sie wohnen.
Dafür braucht es mehr Mehrgenerationenhäuser.
In diesen Häusern leben Menschen jeden Alters zusammen.
Die Mieten sind günstig.
Und man ist nicht allein.

Die Stadt muss handeln:
Sie soll mehr Mehrgenerationenhäuser bauen.
Am besten sogar ganze Siedlungen.
Dort können ältere und jüngere Menschen gemeinsam leben.

Außerdem soll das Wohnungstauschprogramm der GBO verbessert werden.
GBO ist die städtische Wohnungsbaugesellschaft.
Wer seine große Wohnung gegen eine kleinere tauscht,
soll eine faire Miete zahlen.
Die neue Miete soll sich an der alten orientieren.
Das heißt:
Wer vorher wenig gezahlt hat,
soll auch in der neuen Wohnung nicht mehr zahlen müssen.

Die Stadt soll auch private Vermieterinnen und Vermieter überzeugen.
Sie soll eine Kampagne starten.
Dabei wirbt sie dafür, dass mehr private Wohnungen für Tauschangebote zur Verfügung stehen.
So gibt es mehr Möglichkeiten für Seniorinnen und Senioren, eine passende Wohnung zu finden.

Ziel ist:

Ältere Menschen sollen selbstbestimmt leben können.

Sie sollen sich ihre Wohnung leisten können.

Und sie sollen nicht allein sein.

Es fehlt an günstigen Wohnungen, die für ältere Menschen geeignet sind.

Viele Wohnungen sind nicht altersgerecht.

Das bedeutet:

Sie haben zum Beispiel Treppen oder enge Türen.

Für ältere oder behinderte Menschen ist das ein Problem.

Die Stadt muss mehr tun:

- Mehr barrierefreie Wohnungen bauen
Nach der Hessischen Bauordnung müssen neue Häuser bestimmte Regeln für Barrierefreiheit erfüllen.
Die Stadt soll noch mehr barrierefreie Wohnungen fordern.
Wo es geht, soll sie mehr bauen als vorgeschrieben.
- Private Bauherren überzeugen
Die Stadt soll mit privaten Bauherren sprechen.
Sie soll sie dazu bringen, mehr barrierefreie und seniorengerechte Wohnungen zu bauen. Seniorengerecht bedeutet:
Die Wohnungen sind sicher und leicht zu nutzen.
Zum Beispiel mit Aufzügen und breiten Türen.
- Mehr öffentlich geförderte Wohnungen
Öffentlich gefördert heißt:
Die Stadt hilft mit, dass die Wohnungen günstig bleiben.
Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GBO soll hier vorangehen.
Sie soll viele barrierefreie Wohnungen anbieten.
Und diese Wohnungen sollen bezahlbar sein.

So können ältere Menschen länger selbstständig leben.
Und sie finden leichter eine passende Wohnung.

Mobil sein ist für alle wichtig.

Viele Menschen brauchen Busse und Bahnen,
um unterwegs zu sein.

Das gilt besonders für ältere Menschen.

Aber Mobilität darf nichts kosten, was sich nicht alle leisten können.

Jeder soll sich Bus und Bahn leisten können.

Nur so können Seniorinnen und Senioren am Leben teilhaben.

Sie können Freunde treffen.

Sie können einkaufen gehen.

Sie können zu Ärztinnen und Ärzten kommen.

Deshalb fordern wir:

Die Preise für Tagestickets und Einzelfahrtscheine
müssen für ältere Menschen günstiger werden.

Am besten wäre ein kostenloses Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren.

Die Stadt Offenbach soll sich einsetzen:

Sie soll im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) dafür kämpfen,
dass es ermäßigte Deutschlandtickets gibt.

So bleibt Mobilität für alle bezahlbar.

Barrierefreiheit im ÖPNV muss besser werden.

Viele ältere Menschen haben Einschränkungen.

Zum Beispiel beim Gehen oder Sehen.

Deshalb müssen Busse, Bahnen und Haltestellen
für alle gut nutzbar sein.

Viele Menschen brauchen Pausen beim Laufen.

Deshalb fordern wir:

Es muss mehr Bänke in der Stadt geben.

An öffentlichen Plätzen, an Bushaltestellen und auch auf den Friedenhöfen in Offenbach.

Mobilität bedeutet auch:

Man muss überall eine Toilette erreichen können.

Doch viele Toiletten sind nur für Kundinnen und Kunden.

Oder sie kosten Geld.

Unsere Forderung:

Die Stadt soll mehr kostenlose, barrierefreie Toiletten einrichten.

Bisher hat die Stadt versucht,
mit privaten Partnern zusammenzuarbeiten.
Aber das hat nicht gut geklappt.

Jetzt muss die Stadt selbst handeln.
Sie soll genug öffentliche Toiletten bauen und betreiben.
Diese Toiletten sollen sauber, sicher und für alle zugänglich sein.

Der Grünenring ist wichtig für die Menschen in Offenbach.
Wir wollen nicht, dass dort noch mehr Toiletten oder Sitzgelegenheiten verschwinden.

Viele ältere Menschen fühlen sich allein.
Das liegt nicht nur am Geld.
Sondern auch daran, dass sie wenig Kontakt zu anderen haben.

Die Stadt muss mehr tun:
Es braucht mehr Treffpunkte in allen Stadtteilen.
Dort können sich Menschen begegnen.
Und gemeinsam etwas unternehmen.

Was für Angebote sind wichtig?
Zum Beispiel:
Workshops zur Digitalisierung.
Dort lernen Seniorinnen und Senioren,
wie man ein Handy oder einen Computer nutzt.
Oder Kurse zu Sport und gesunder Ernährung.
Das hilft, fit zu bleiben.
Und es bringt Menschen zusammen.

Wichtig ist auch:
Die Angebote müssen für alle passen.
In Offenbach leben viele ältere Menschen mit Migrationsgeschichte.
Das bedeutet:
Sie oder ihre Familien kommen aus anderen Ländern.
Deshalb braucht es Angebote,
die verschiedenen Kulturen berücksichtigen.
Die Communities in Offenbach sollen mitmachen.
Sie wissen am besten,
was die Menschen brauchen.

Ziel ist:
Alle sollen mitmachen können.
Niemand soll sich allein fühlen.
Und alle sollen sich wohlfühlen.

Es gibt zu wenig Plätze in Pflegeheimen.
Auch die Pflege zu Hause ist oft schwer zu bekommen.

Gleichzeitig fehlen Pflegekräfte.

Das ist ein großes Problem.

Die Linke will das ändern – auch in Offenbach.

Alle müssen zusammenarbeiten:

Die Stadt.

Pflegeheime und Pflegedienste.

Seniorentreffs und Nachbarschaftsbüros.

Und natürlich die Seniorinnen und Senioren selbst.

Sowie ihre Familien und Angehörigen.

Zusammen sollen sie vor Ort bessere Pflege organisieren.

Dafür braucht es:

Mehr Austausch und Vernetzung.

Damit alle wissen, wo es Hilfe gibt.

Ehrenamtliche Hilfe muss gestärkt werden.

Viele kümmern sich um ältere Menschen.

Zum Beispiel Familie, Freunde oder Nachbarn.

Sie brauchen Unterstützung.

Dafür fordern wir:

Mehr mobile Beratungsstellen.

Mehr Infos über Hilfsangebote.

Mehr Entlastung für diejenigen, die pflegen.

Und mehr Dienstleistungen direkt im Wohnviertel.

Auch digitale Angebote können helfen.

Zum Beispiel Online-Beratung.

Oder Plattformen, wo man Hilfe finden kann.

So soll sichergestellt werden:

Alle bekommen die Pflege, die sie brauchen.

Und niemand bleibt allein.

Hitze ist für ältere Menschen gefährlich.

Viele leiden stark unter hohen Temperaturen.

Deshalb braucht es mehr Schutz:

Die Stadt soll kühle Orte anbieten.

Zum Beispiel klimatisierte Räume.

Dort können sich Seniorinnen und Senioren abkühlen.

Diese Orte müssen gut erreichbar sein.
Und sie müssen bekannt gemacht werden.
So bleibt niemand der Hitze schutzlos ausgesetzt.

Der Seniorenrat spricht für ältere Menschen in Offenbach.
Er sagt der Stadt,
was Seniorinnen und Senioren brauchen.

Als Linke wollen wir:
Der Seniorenrat muss mehr mitreden können.
Seine Meinungen und Vorschläge
müssen bei allen wichtigen Entscheidungen beachtet werden.
So wird sicher gestellt,
dass die Stadt auch an ältere Menschen denkt.

Die Linke fordert:

1. Mehr Wohnungen für alle – bezahlbar und barrierefrei

Offenbach braucht mehr Mehrgenerationenhäuser.
Dort leben Jung und Alt zusammen.
Die Mieten sollen günstig sein.
Die GBO soll ein großes Wohnungstauschprogramm anbieten.
Wer eine zu große Wohnung hat,
kann gegen eine kleinere tauschen.
Die neue Miete soll fair bleiben.
Es braucht mehr günstige und barrierefreie Wohnungen.
Auch für Menschen mit Rollstuhl oder Gehhilfe.

2. Mehr Sitzplätze und Toiletten für alle

Im öffentlichen Raum müssen mehr Bänke stehen.
Damit sich alle ausruhen können.
Es braucht mehr kostenlose Toiletten.
Diese müssen barrierefrei sein.
Also für alle gut erreichbar.

3. Mehr Treffpunkte und Angebote für Seniorinnen und Senioren

Es soll mehr Begegnungsstätten in allen Stadtteilen geben.
Dort können sich ältere Menschen treffen.
Die Angebote müssen vielfältig sein.
Zum Beispiel Kurse, Beratung oder Feste.
Sie sollen für alle Kulturen passen.
Denn in Offenbach leben Menschen aus vielen Ländern.

4. Bessere Pflege vor Ort – mit Unterstützung für Helferinnen und Helfer

Die Stadt soll Pflege und Hilfe im Stadtteil organisieren.

Dafür müssen alle zusammenarbeiten:
Pflegedienste, Nachbarschaftsbüros und Familien.
Wer sich ehrenamtlich engagiert,
braucht Unterstützung und Entlastung.
Zum Beispiel durch Beratung oder praktische Hilfe.

5. Schutz vor Hitze für ältere Menschen

Die Stadt soll kühle Orte einrichten.
Zum Beispiel klimatisierte Räume.
Dort können sich Seniorinnen und Senioren bei Hitze erholen.

6. Der Seniorenrat soll mehr mitbestimmen

Der Seniorenrat vertritt die Interessen älterer Menschen. Seine Meinungen und
Vorschläge
müssen bei allen wichtigen Entscheidungen der Stadt berücksichtigt werden.

7. Günstigere Bus- und Bahn-Tickets für Seniorinnen und Senioren

Fahrkarten für den ÖPNV sollen günstiger werden.
Am besten gibt es ein kostenloses Deutschlandticket für ältere Menschen.
So bleibt Mobilität für alle bezahlbar.

Für ein barrierefreies Offenbach!

In Deutschland leben etwa 7,9 Millionen Menschen mit einer schweren Behinderung.
Nur bei 3 Prozent dieser Menschen ist die Behinderung schon von Geburt an vorhanden.

Wir wollen,
dass alle Menschen in Offenbach gut leben können.
Dafür müssen Barrierefreiheit und Inklusion
wichtige Ziele für die ganze Stadt sein.

Barrierefreiheit bedeutet,
dass alle Orte und Angebote
für Menschen mit und ohne Behinderung gut nutzbar sind.

Inklusion heißt,
dass alle Menschen überall dabei sein können.
Niemand soll ausgeschlossen werden.

Schulen und Kindertagesstätten müssen barrierefrei sein.
Nur so können alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen.
Nur so gibt es echte Inklusion.

Wir arbeiten daran,
dass es immer weniger Hindernisse gibt.
Denn jeder Mensch soll gleichberechtigt am Leben teilhaben können.

In Offenbach gibt es im öffentlichen Raum noch zu viele Hindernisse.
Viele Bürgersteige sind nicht barrierefrei.
Das macht es für Menschen mit Geh- oder Bewegungseinschränkungen schwer,
sich frei zu bewegen.

Viele Gehwege sind in schlechtem Zustand.
Das muss sich ändern.
Die Stadt muss sich mehr darum kümmern,
dass die Wege für alle gut begehbar sind.

Für Menschen mit Sehbehinderungen oder Blindheit
braucht es klare Markierungen.
Gefahrenstellen müssen gut sichtbar oder hörbar gekennzeichnet sein.
So können sie Hindernisse rechtzeitig erkennen.

Öffentliche Plätze brauchen Bodenindikatoren.
Das sind besondere Markierungen am Boden,

die blinden und sehbehinderten Menschen helfen,
sich besser zurechtzufinden.
So können sie selbstständiger leben.

Ein großes Problem sind auch Baustellen.
Sie blockieren oft Bürgersteige und Wege.
Hier braucht es dringend barrierefreie Lösungen,
damit alle Menschen sicher vorbeikommen.

In Offenbach gibt es zu wenige öffentliche Toiletten.
Vor allem fehlen kostenlose und barrierefreie Toiletten.

Das ist ein Problem für Menschen mit eingeschränkter Mobilität.
Ohne solche Toiletten können sie sich nicht so lange draußen aufhalten,
wie sie möchten.

Hier muss die Stadt noch viel mehr tun.

Wir fordern:
Der öffentliche Nahverkehr in Offenbach muss für alle barrierefrei sein.
Das gilt für Busse, Bahnen, Haltestellen und Bahnhöfe.

Nicht alle Haltestellen und Bahnhöfe gehören der Stadt Offenbach.
Doch die Stadt muss sich dafür einsetzen,
dass auch diese schnell umgebaut werden.

Ziel ist es,
dass alle Menschen selbstständig reisen können.
Barrierefreiheit muss dabei immer an erster Stelle stehen.

Behörden und öffentliche Einrichtungen müssen barrierefrei sein.
Das betrifft nicht nur die Gebäude und Eingänge,
sondern auch die Art, wie sie mit den Menschen kommunizieren.

Wir fordern:
Behörden sollen einfache Sprache verwenden.
Ihre Briefe, Formulare und Informationen müssen für alle verständlich sein.

Zusätzlich sollen wichtige Informationen
auch in Leichter Sprache angeboten werden.
So können noch mehr Menschen alles verstehen
und selbstständig erledigen.

Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen
gibt es zu wenig passenden Wohnraum.
Und wenn es barrierefreie Wohnungen gibt,
sind sie oft sehr teuer.

Deshalb fordern wir:

Bei neuen Wohnhäusern müssen mehr als 20 Prozent der Wohnungen barrierefrei gebaut werden.

Diese Wohnungen sollen preisgebunden sein,
damit sie bezahlbar bleiben.

Preisgebunden bedeutet:

Die Miete für diese Wohnungen wird von der Stadt festgesetzt.
So bleiben die Wohnungen günstig
und nicht zu teuer für Menschen mit geringem Einkommen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist ein internationaler Vertrag.
Darin steht genau,
welche Rechte Menschen mit Behinderungen haben.
Diese Rechte müssen in Offenbach umgesetzt werden.

Die Stadt hat einen Plan für mehr Inklusion:
den Kommunalen Aktionsplan Inklusion.
Damit dieser Plan schnell umgesetzt wird,
braucht es genug Personal in der Verwaltung.

Deshalb fordern wir:

Die Stadt muss mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
in den zuständigen Behörden einstellen.
Nur so kann der Plan wirklich funktionieren.

Die Linke in Offenbach findet:
Vielfalt macht unsere Stadt stark.
Jeder Mensch ist anders –
das ist eine Chance für alle.

Wir sehen die Unterschiede zwischen den Menschen
als etwas Positives.
Jeder soll die Unterstützung bekommen,
die er oder sie braucht.
So kann jeder gut in Offenbach leben.

Die Linke fordert:

1. Öffentlicher Raum für alle gestalten

Alle Wege, Plätze und Gebäude in Offenbach sollen so gebaut werden, dass sie jeder nutzen kann.

Egal ob jemand eine Behinderung hat oder nicht – alle sollen sich frei bewegen können.

2. Mehr barrierefreie Toiletten für alle

In Offenbach braucht es mehr öffentliche Toiletten, die für alle zugänglich und kostenlos sind.

So können sich Menschen mit und ohne Behinderung länger in der Stadt aufhalten.

3. Öffentliche Verkehrsmittel ohne Barrieren

Alle Busse, Bahnen und Haltestellen in Offenbach müssen so gebaut sein,

Dass sie jeder nutzen kann -

auch Menschen mit Rollstuhl, Kinderwagen oder Sehbehinderung.

4. Verständliche Sprache in Behörden

Die Stadtverwaltung soll einfache und klare Sprache verwenden.

Wichtige Informationen sollen auch in Leichter Sprache angeboten werden.

So versteht jeder, worum es geht.

5. Mehr barrierefreie Wohnungen bauen

Bei neuen Wohnhäusern sollen mehr als 20 Prozent der Wohnungen ohne Barrieren sein.

Diese Wohnungen sollen bezahlbar bleiben.

6. Plan für Inklusion schneller umsetzen

Der Kommunale Aktionsplan Inklusion soll zügig realisiert werden.

Dafür braucht die Stadt mehr Personal.

So kann Offenbach für alle Menschen besser werden.

Digitale Freiheit für Offenbach – wir wollen selbst entscheiden!

Die Stadt Offenbach braucht einen klaren Plan für digitale Themen.

Dieser Plan soll vor allem eines erreichen:

Die Stadt und alle Menschen in Offenbach

sollen selbstbestimmt mit digitalen Angeboten umgehen können.

Dazu gehört auch der Schutz von persönlichen Daten.

Die Daten der Offenbacherinnen und Offenbacher müssen sicher sein.

Genauso wichtig ist die Sicherheit der Technik der Stadt.

Das betrifft zum Beispiel die Stromversorgung oder die Computer im Rathaus.

Die Stadt soll sich nicht von großen US-Firmen abhängig machen.

Statt einzelne Projekte mit bekannten Namen zu starten,

sollte Offenbach eine langfristige Strategie entwickeln.

Und diese Strategie muss dann auch umgesetzt werden.

Damit das klappt, braucht es zwei Dinge:

Erstens müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Stadtverwaltung gut ausgebildet sein.

Zweitens müssen auch die Bürgerinnen und Bürger
in Offenbach fit im Umgang mit digitalen Themen werden.

Außerdem ist es wichtig,

dass Offenbach mit anderen Städten zusammenarbeitet.

So können alle voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen.

Offenbach braucht moderne Lösungen für den Verkehr.

Dazu gehören intelligente Systeme,
die den Verkehr besser steuern und Staus vermeiden.

Die Stadt sollte digitale Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen. Diese Angebote
müssen für jeden leicht zu nutzen sein –
auch für Menschen mit Behinderungen.

Die Arbeit der Stadtverwaltung soll für alle durchschaubar sein.

Dafür können Daten öffentlich zugänglich gemacht werden.

So weiß jeder, wie Entscheidungen getroffen werden.

Außerdem braucht Offenbach sichere digitale Systeme
für die Energieversorgung.

Diese Systeme sollen vor Ort funktionieren
und nicht von externen Firmen abhängig sein.

Der Ausbau von Technik in Offenbach ist wichtig.
Dazu gehört auch das schnelle Internet.

Das Internet soll nicht nach Profit aufgebaut werden.
Sondern danach, was die Menschen in Offenbach wirklich brauchen.
Die Stadt selbst soll den Ausbau organisieren.

Schnelles Internet muss für alle verfügbar sein.
Es soll überall in der Stadt funktionieren –
wie Wasser oder Strom.

An öffentlichen Plätzen und in allen städtischen Gebäuden
soll es kostenloses WLAN geben.
Dieses WLAN wird von der Stadt bereitgestellt.

Dabei sollen besonders Ideen unterstützt werden,
die für alle offen und frei sind.
Ein Beispiel dafür ist das Freifunk-Projekt.

Offenbach ist durch den Internetknoten DE-CIX
zu einem wichtigen Standort geworden.
Ein Internetknoten ist eine Art großer Verteilerknoten für Daten.
Hier werden Daten zwischen verschiedenen Netzen ausgetauscht –
so ähnlich wie bei einem großen Bahnhof für den Internetverkehr.

Durch den DE-CIX bauen immer mehr Firmen Rechenzentren in Offenbach auf. Diese Firmen
verkaufen Rechenleistung an andere Unternehmen.

Die Rechenzentren verbrauchen sehr viel Strom.
Außerdem entsteht dabei viel Abwärme.

Die Menschen in Offenbach sollen stärker von diesen Firmen profitieren.
Die Rechenzentren müssen umweltfreundlich arbeiten.
Zum Beispiel sollen sie die Abwärme sinnvoll nutzen.
Die Abwärme könnte dann zum Heizen von Gebäuden verwendet werden.

Wir wollen, dass mehr Dienstleistungen der Stadt online verfügbar sind.
Dazu gehören zum Beispiel Termine bei Behörden oder Anträge.
So können alle Menschen diese Dienstleistungen einfacher nutzen –
besonders Menschen mit körperlichen Einschränkungen.

Durch Online-Angebote wird die Arbeit der Verwaltung einfacher und klarer. Gleichzeitig spart die Stadt Zeit und Geld.

Die Online-Angebote müssen für alle verständlich sein.

Sie dürfen keine Sprachbarrieren schaffen.

Deshalb sollen sie in den wichtigsten Fremdsprachen angeboten werden. Außerdem müssen die Texte in einfacher und in Leichter Sprache verfügbar sein.

Es muss auch geprüft werden,

wie Gebärdensprache in die Angebote eingebaut werden kann.

Nur so können gehörlose und schwerhörige Menschen alles nutzen.

Daten, die durch die Digitalisierung gesammelt werden, müssen für alle frei verfügbar sein.

Sie müssen anonym sein und den Datenschutz einhalten.

Jeder soll diese Daten kostenlos und ohne Einschränkungen nutzen können.

Datenschutz und Persönlichkeitsrechte sind sehr wichtig.

Diese Grundsätze müssen immer eingehalten werden.

Wir sind gegen Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen.

Dafür gibt es von uns keine Zustimmung.

Die Daten der Offenbacherinnen und Offenbacher dürfen nicht verkauft werden. Es ist nicht erlaubt, diese Daten an private Firmen weiterzugeben.

Wenn die Stadt Daten von Bürgerinnen und Bürgern nutzt, muss sie darauf hinweisen.

Alle müssen die Möglichkeit haben, sich gegen die Nutzung ihrer Daten zu entscheiden.

Das nennt man Opt-Out.

Das bedeutet:

Jede Person kann sagen, dass ihre Daten nicht verwendet werden dürfen.

In Offenbach gibt es viele Menschen, die gerne mit Technik experimentieren.

Sie arbeiten an der Schnittstelle zwischen Technik, Wissenschaft und Kunst. Diese Kultur nennt man Hacker- und Makerspace-Kultur.

Offenbach ist eine kreative Stadt.

Deshalb unterstützt die Stadt diese Kultur aktiv.

Jeder soll die Möglichkeit haben, kreativ mit Technik umzugehen.

Dafür fördert die Stadt Gruppen und Vereine, die sich mit Technik beschäftigen. Ein Beispiel ist der Verein DigitalRetro Park.

Digitalisierung muss für alle offen und demokratisch sein.

Die Stadt Offenbach soll ihre Computer und Programme umstellen. Statt teurer Software von großen Firmen soll sie freie Software nutzen. Freie Software darf jeder kostenlos verwenden und anpassen.

Das hat zwei Vorteile:
Erstens spart die Stadt Geld, weil keine teuren Lizenzen mehr bezahlt werden müssen. Zweitens wird Offenbach unabhängiger. Die Stadt ist dann nicht mehr abhängig von großen IT-Firmen – vor allem nicht von Firmen aus den USA.

Die Linke fordert:

1. Daten und Privatsphäre schützen

Die persönlichen Daten der Offenbacherinnen und Offenbacher müssen sicher sein. Auch die Computer und Netzwerke der Stadt sollen gut geschützt werden.

2. Offenbach wird digital selbstständig

Die Stadt braucht einen klaren Plan für digitale Angebote. Dabei soll Offenbach unabhängig von großen Konzernen bleiben.

3. Rechenzentren mit Ökostrom und Wärmenutzung

Alle Rechenzentren in Offenbach sollen nur Ökostrom nutzen. Die Abwärme soll für Heizungen verwendet werden.

4. Schnelles Internet für alle

Die Stadt soll selbst schnelles Internet anbieten oder unterstützen. In allen öffentlichen Gebäuden soll es kostenloses WLAN geben. Freie WLAN-Netze wie „Freifunk“ sollen gefördert werden.

5. Digitale Angebote der Stadt für alle

Alle Dienstleistungen der Stadt sollen auch online nutzbar sein – und zwar so, dass jeder sie verstehen und bedienen kann. Die Verwaltung soll verständlicher arbeiten.

6. Freie Software für die Stadt

Die Stadt soll nur Software nutzen, die für alle offen und kostenlos ist. Das gilt für Ämter, Stadtbetriebe und Eigenbetriebe.

Für ein finanziell unabhängiges Offenbach!

Offenbach soll selbst bestimmen dürfen,
wie das Geld in der Stadt ausgegeben wird.

Das geht aber fast gar nicht mehr.
Denn Bund und Land geben vor,
wie die Stadt ihr Geld bekommt.
Und sie machen strenge Regeln,
wie die Stadt das Geld ausgeben darf.

Diese Regeln sind oft zu eng.
Sie lassen Offenbach kaum noch Spielraum.

Das muss sich ändern.
Offenbach braucht mehr Freiheit,
um selbst über das Geld zu entscheiden.
Die Stadt soll selbst bestimmen können,
was sie mit ihrem Geld macht.

So kann Offenbach besser entscheiden,
was für die Menschen vor Ort wichtig ist.

Auf der Ebene vom Bund braucht es eine fairere Steuerpolitik.
Das bedeutet:
Menschen mit sehr hohem Einkommen
und Menschen mit viel Vermögen
sollen mehr Steuern zahlen.
Das Geld soll für Aufgaben verwendet werden,
die allen Menschen nützen.

Wir fordern eine besondere Steuer für Millionärinnen und Millionäre.
Diese Steuer soll direkt an die Bundesländer
und an die Städte und Gemeinden gehen.
So haben die Kommunen mehr Geld,
um wichtige Dinge für die Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen.

Bund und Land geben den Städten oft Aufgaben vor.
Diese Aufgaben müssen die Städte erledigen.
Dazu gehören zum Beispiel Schulen, Kitas oder Sozialhilfe.

Das Problem ist:
Die Städte müssen diese Aufgaben bezahlen.

Aber sie bekommen nicht immer genug Geld dafür.

Das ist unfair.

Deshalb muss Offenbach sich mit anderen Städten zusammentun.

Gemeinsam müssen sie fordern:

Wenn Bund oder Land eine neue Aufgabe vorschreiben,
müssen sie auch das ganze Geld dafür geben.

Die Städte dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben.

Das nennt man Konnexitätsprinzip.

Das bedeutet:

Wer eine Aufgabe vorgibt, muss auch dafür bezahlen.

So ist es gerecht.

Und die Städte können ihre Aufgaben besser erfüllen.

Städte wie Offenbach brauchen genug Geld.

Nur so können sie ihre Gebäude, Straßen und Einrichtungen in Stand halten. Und nur so
können sie diese auch verbessern.

Aktuell ist das oft ein Problem.

Denn die Städte sind abhängig von Geldhilfen von Bund und Land.

Diese Geldhilfen kommen aber meist mit strengen Auflagen.

Die Städte dürfen dann oft nicht selbst entscheiden,
wie sie das Geld ausgeben.

Auch treten Städte oft gegeneinander an um diese Geldhilfen zu erhalten.

Das muss sich ändern.

Städte sollen selbst bestimmen können,
was sie mit ihrem Geld tun.

Sie sollen nicht von anderen abhängig sein.

Und sie sollen nicht bevormundet werden.

So können sie besser für die Menschen vor Ort sorgen.

Früher haben viele Städte Grundstücke verkauft.

Das brachte zwar schnell Geld in die Stadtkasse.

Aber danach gehörten die Grundstücke nicht mehr der Stadt.

Sie konnte nicht mehr selbst entscheiden,
was dort passiert.

Das ist ein Problem für die Zukunft.
Denn wenn die Stadt kein Land mehr besitzt,
kann sie später nichts mehr für die Bürgerinnen und Bürger planen.

Deshalb gibt es eine bessere Lösung:
Die Stadt vergibt Grundstücke nur noch in Erbpacht.
Das bedeutet:
Die Stadt bleibt Eigentümerin des Grundstücks.
Sie verpachtet es für viele Jahre an jemand anderen.
Der Pächter darf das Grundstück nutzen und baut vielleicht ein Haus darauf. Aber er zahlt der Stadt regelmäßig Geld dafür.

So behält die Stadt die Kontrolle.
Sie kann bestimmen, was auf dem Grundstück passiert.
Und sie hat weiterhin Einnahmen.
Gleichzeitig bleibt das Land im Besitz der Stadt –
auch für die Kinder und Enkelkinder der heutigen Bürgerinnen und Bürger.

Das sichert die Handlungsfähigkeit der Stadt für die Zukunft.

Städte sollen nicht gegeneinander konkurrieren,
indem sie immer niedrigere Steuern für Unternehmen anbieten.
Das schadet allen.
Denn dann fehlt am Ende das Geld für wichtige Aufgaben.

Gleichzeitig ist es unfair,
wenn Städte in finanziellen Notlagen nur eine Möglichkeit sehen:
Sie erhöhen die Steuern für Bürgerinnen und Bürger immer weiter.
Das belastet die Menschen zu sehr.

Wir finden:
Es gibt einen besseren Weg.
Die Stadt könnte die Gewerbesteuer leicht erhöhen –
aber nur so viel, wie es in Frankfurt auch der Fall ist.
Mit diesem zusätzlichen Geld
könnte die Stadt dann die Grundsteuer für Wohnhäuser senken.

So zahlen Unternehmen einen fairen Beitrag.
Und die Bürgerinnen und Bürger werden entlastet.
Das ist ein gerechter Ausgleich.

Die Linke fordert:

1. **Gewerbesteuer leicht erhöhen –
Grundsteuer für Wohnhäuser senken**
Unternehmen zahlen etwas mehr Steuern.
Das zusätzliche Geld wird genutzt,
um die Steuern für Wohnhäuser zu senken.
So zahlen Bürgerinnen und Bürger weniger.
2. **Kein Verkauf von städtischen Grundstücken – nur noch Erbpacht**
Die Stadt verkauft keine Grundstücke mehr.
Stattdessen vergibt sie sie in Erbpacht.
Die Stadt bleibt Eigentümerin und behält die Kontrolle.
Gleichzeitig hat sie weiterhin Einnahmen.
3. **Bund und Land müssen alle Pflichtaufgaben voll bezahlen**
Der Magistrat soll sich stark machen:
Wenn Bund oder Land der Stadt Aufgaben geben,
müssen sie auch das ganze Geld dafür zahlen.
Die Stadt darf nicht auf den Kosten sitzen bleiben.

Kunst und Kultur in Offenbach!

Offenbach ist eine Stadt mit vielen Künstlern, Musikerinnen und Musikern.
Es gibt dort auch viele verschiedene kulturelle Einrichtungen.

Jeder Mensch soll Kultur erleben können.
Egal wie viel Geld jemand hat.
Egal woher jemand kommt.

Die Stadt soll Künstler und Künstlerinnen direkt unterstützen.
Dafür braucht es Geld von der Stadt.

Außerdem soll Offenbach mit Frankfurt zusammenarbeiten.
Beide Städte sollen einen gemeinsamen Kulturpass einführen.
Dann können Menschen mit wenig Geld
Kulturangebote in Offenbach und Frankfurt nutzen.
Das gilt für alle Menschen in Offenbach und Frankfurt.

Kultur gehört zur Bildung dazu.
Kinder und Jugendliche sollen Kultur früh kennenlernen.
Sie sollen verschiedene Arten von Kultur ausprobieren können.
Dabei soll es keine Hindernisse geben.

Medien sind ein wichtiger Weg, um Kultur zu entdecken.
Dazu gehören Bücher, Musik, Filme und vieles mehr.

Deshalb müssen die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek länger sein.
Die Kinder- und Jugendbibliothek braucht mehr Ausstattung.
Damit alle Kinder und Jugendlichen gute Angebote nutzen können.

Der Bücherturm soll auch in Zukunft für alle offen bleiben.
Selbst wenn die Stadtbibliothek dort nicht mehr ist.

Der Bücherbus ist ein gutes Angebot.
Er soll weiterfahren und für alle da sein.

Alle Kinder und Jugendlichen sollen
Theater und Museen in Offenbach kostenlos besuchen können.
So können sie das große Kulturangebot der Stadt erleben.

Theaterprojekte für Kinder und Jugendliche brauchen mehr Geld.
Nur dann können sie gute Angebote machen.

Die Stadt soll enger mit Kitas und Schulen zusammenarbeiten.
Die Kulturangebote sollen bekannter werden.
Damit mehr Kinder und Jugendliche davon wissen und sie nutzen können.

Das Jugend-Kunst-Mobil ist wichtig für die kreative Bildung in Offenbach.
Es soll weiter unterstützt werden.

Kunst und Kultur sind nicht nur für die Wirtschaft oder für Werbung da.
Jeder Mensch hat das Recht, Kultur zu erleben.
Kultur hilft Menschen,
sich weiterzuentwickeln und ihre Fähigkeiten zu entfalten.

Offenbach hat viele verschiedene Künstler und Künstlerinnen.
Diese Vielfalt muss erhalten bleiben.
Künstler und Künstlerinnen brauchen Räume, in denen sie arbeiten können.

Viele Künstler und Künstlerinnen haben
besondere Lebens- und Arbeitsbedingungen.
Die Stadt muss das berücksichtigen.

Künstler und Künstlerinnen brauchen dauerhafte Ateliers und Proberäume.
Nur so können sie ihre Ideen umsetzen.
Sie brauchen auch Flächen, auf denen sie ihre Kunst zeigen können.

Kunst im öffentlichen Raum ist wichtig für alle Menschen.
Sie zeigt die Vielfalt der Gesellschaft.
Sie schafft Orte, an denen Menschen sich treffen können.
Und sie fördert den Austausch zwischen verschiedenen Menschen.

Musiker und Musikerinnen brauchen Proberäume und Studios.
Diese Räume sollen nicht nur für kurze Zeit zur Verfügung stehen.
Sie sollen dauerhaft genutzt werden können.

Künstler und Künstlerinnen brauchen aktive Unterstützung.
Viele von ihnen arbeiten unter schwierigen Bedingungen.
Oft verdienen sie wenig Geld und haben unsichere Jobs.

Offenbach ist besonders, weil hier Menschen mit vielen verschiedenen musikalischen Hintergründen leben.
Aber es gibt zu wenige Räume, in denen Musiker und Musikerinnen zusammenkommen können.
Sie brauchen Orte, um ihre Musik zu pflegen,

weiterzuentwickeln und aufzuführen.

Das gilt auch für traditionelle Musik aus verschiedenen Kulturen.

Nur wenn es eine lebendige Musikszene gibt,
können die Angebote der Musikschule langfristig wirken.

Erst dann können Kinder und Jugendliche
verschiedene Musikrichtungen kennenlernen.
Und erst dann können sie selbst Musik machen und erleben.

Die Musikschule und andere Anbieter leisten wichtige Arbeit.
Sie helfen Kindern und Jugendlichen, sich weiterzuentwickeln.

Die Musikschule braucht mehr Hilfe und Unterstützung.
Sie soll mit anderen zusammenarbeiten.
So kann sie ihre Angebote noch besser zu den Menschen bringen.

Jedes Kind soll musikalische Bildung bekommen können.
Egal wie viel Geld die Eltern haben.
Egal ob ein Kind besonders begabt ist oder nicht.

Offenbach muss sich auch mit seiner Geschichte in der NS-Zeit beschäftigen. Das ist ein wichtiger Bereich.

Die Stadt soll an die Opfer von Faschismus und Rassismus erinnern.
Diese Erinnerung darf nicht verloren gehen.
Sie muss für alle sichtbar bleiben.

Erinnerung ist eine politische Aufgabe.
Sie zeigt, dass die Stadt gegen Faschismus und Rassismus ist.
Sie stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Deshalb sollen Gedenkorte in Offenbach erhalten bleiben.
Es soll weiterhin Bildungsangebote und öffentliche Veranstaltungen geben.
Die Stadt muss diese aktiv unterstützen.

Die Kulturpolitik der Stadt soll die Innenstadt mitgestalten.
Sie soll Orte schaffen, an denen sich alle Menschen wohlfühlen.
Diese Orte sollen zum Bleiben und zum Austausch einladen.

Öffentliche Räume sind wichtig.
Dort muss niemand etwas kaufen.
Sie können drinnen oder draußen sein.
Solche Räume ziehen Menschen an.

Sie fördern den Austausch zwischen den Menschen.
Und sie bieten Platz für Theater, Film und andere Kunstformen.

Kulturviertel sind ein wichtiger Teil davon.
Günstiger Wohnraum und Arbeitsraum für Künstler und Künstlerinnen sind ebenfalls nötig.
Nur so kann eine kreative und offene Gemeinschaft in Offenbach wachsen.

Die Linke fordert:

1. Kunst und Kultur für alle Menschen

Jeder soll Kunst und Kultur erleben können.

Kunst ist nicht nur etwas für Menschen mit viel Geld.

Ihr Wert misst sich nicht am Preis.

2. Theaterprojekte für Kinder und Jugendliche stärken

Kinder- und Jugendtheater brauchen mehr Geld.

Die Stadt soll enger mit Kitas und Schulen zusammenarbeiten.

3. Dauerhafte Arbeitsräume für Künstler und Musiker

Künstler und Musiker brauchen Ateliers, Galerien und Proberäume. Diese Räume sollen nicht nur für kurze Zeit zur Verfügung stehen.

4. Mehr öffentliche Bühnen für Kunst

Es soll mehr Orte geben, an denen Kunst gezeigt werden kann.

Theater, Musik und andere Kunstformen brauchen Platz im öffentlichen Raum.

5. Unterstützung für freie Kunst- und Kulturorte

Kunst- und Kulturstätten, die nicht auf Gewinn aus sind, brauchen Förderung.

Sie sind wichtig für die Vielfalt in der Stadt.

6. Erinnerung an die NS-Zeit wachhalten

Offenbach soll sich weiter mit seiner Geschichte beschäftigen. Gedenkorte und Bildungsangebote müssen erhalten und gefördert werden.

7. Vielfältige Musiktraditionen fördern

Alle Musikrichtungen sollen unterstützt werden.

So können Menschen verschiedene Musikarten kennenlernen und ausüben.

8. Lebendige Musikszene für eine offene Stadt

Eine aktive Musikszene bringt Menschen zusammen.

Sie macht die Stadt vielfältiger und offener.

9. Bücherturm als öffentlichen Ort erhalten

Der Bücherturm soll für alle offen bleiben.

Auch wenn die Stadtbibliothek umzieht.

Gutes Leben für Tiere und Menschen in Offenbach!

In Offenbach kämpfen wir für eine Stadt,
die sich um Tiere kümmert.
Denn Tiere haben ein Recht auf ein gutes Leben.

Tiere leben mitten unter uns –
in Parks, Gärten und auf den Straßen.
Wie wir mit Tieren umgehen,
zeigt auch, wie wir als Gesellschaft sind.

Deshalb wollen wir:
Tieren soll es besser gehen.
Ihr Leid muss weniger werden.
Ihre Lebensräume müssen geschützt werden.

Alle Menschen sollen lernen,
Tiere mit Respekt zu behandeln.
Denn Tiere sind wichtige Mitbewohner in unserer Stadt.
Sie verdienen unseren Schutz.

Tauben sind durch Zucht vom Menschen abhängig geworden.
Ohne uns können sie nicht überleben.

Wir wollen Tauben nicht vertreiben oder ignorieren.
Stattdessen brauchen sie einen guten Plan für ihren Schutz.
Dieser Plan soll Tierschutz und Sauberkeit in der Stadt verbinden.

Wir fordern:
Es sollen betreute Taubenhäuser in ganz Offenbach geben.
In diesen Häusern werden echte Eier durch Attrappen ausgetauscht.
So wird die Anzahl der Tauben fair kontrolliert.

Tauben brauchen gutes Futter.
Dann müssen sie nicht betteln oder hungern.
Wir wollen keine pauschalen Fütterungsverbote.
Stattdessen soll es klare Regeln für das Füttern geben.
So bleiben die Tauben gesund.

Im Sommer brauchen Tauben mehr Wasserstellen.
Besonders bei Hitze ist das wichtig.

Wir sind gegen Taubenrennen, Trainingsflüge und Hochzeitstauben.
Denn dabei leiden die Tiere oft sehr.
Offenbach soll sich dafür einsetzen,
dass solche Praktiken verboten werden –
in Hessen und in ganz Deutschland.

In Offenbach leben viele Katzen in Freiheit.
Doch oft hungern sie.
Oft sind sie krank.
Und viele sterben früh.

Das Problem sind unkastrierte Katzen.
Sie vermehren sich schnell.
Manche wurden einfach ausgesetzt.
Andere sind weggelaufen.

Deshalb fordern wir eine Katzenschutz-Verordnung.
Diese Verordnung soll sicherstellen:
Alle Freigänger-Katzen müssen kastriert werden.
Sie müssen einen Chip bekommen.
Und sie müssen registriert werden.
So kann man entlaufene Katzen ihren Besitzerinnen und Besitzern zuordnen. Und es gibt nicht immer mehr Katzen.

Die Stadt Offenbach soll jedes Jahr Kastrationsaktionen anbieten.
Dafür arbeitet sie mit Tierschutzvereinen und Tierärztinnen und Tierärzten zusammen.
Die Stadt soll diese Aktionen auch bezahlen.

Außerdem brauchen wir Futterstellen für die Katzen.
Diese sollen von Tierschutzvereinen oder Ehrenamtlichen betreut werden.

Viele Katzenbesitzerinnen und Katzenbesitzer wissen nicht,
was passiert, wenn Katzen nicht kastriert werden.
Deshalb muss die Stadt Aufklärungsmaterialien bereitstellen.
Auch Schulen und Kitas sollen über das Thema informieren.
Besonders in Gebieten, wo viele freilebende Katzen leben.

Eine Katzenschutz-Verordnung hilft nicht nur den Katzen.
Sie schützt auch heimische Wildtiere.
Denn zu viele Katzen können für Wildtiere gefährlich sein.

Immer mehr Arten sterben leise aus.
Das hat schlimme Folgen für die Natur,
für die Landwirtschaft
und für das Klima.

Offenbach kann hier vorangehen.
Die Stadt soll Lebensräume schaffen,
die für Tiere und Pflanzen gut sind.

Wir fordern:
Aus Zierrasen sollen bunte Wildblumenwiesen werden –
auf allen öffentlichen Flächen.
Gift gegen Unkraut und Schädlinge soll verboten werden.
Naturnahe Gärten und Balkone sollen gefördert werden.

Auch Nisthilfen für Wildbienen sind wichtig.
Alte Bäume, Hecken und Brachflächen müssen erhalten bleiben.
Und es soll weniger künstliches Licht geben.
Denn das stört viele Tiere.

Im Sommer brauchen Wildtiere Wasser.
Deshalb fordern wir:
In Parks und auf öffentlichen Plätzen sollen immer Wasserstellen sein.
Die Stadt soll die Bürgerinnen und Bürger ermutigen,
selbst Wasser für Tiere bereitzustellen.

Außerdem soll die Stadt aufhören,
Böden mit Beton oder Asphalt zuzupflastern.
Stattdessen sollen versiegelte Flächen wieder geöffnet werden.
Das hilft Tieren.
Und es macht das Stadtklima besser.

Die Linke fordert:

1. Betreute Taubenhäuser einrichten

Es sollen Taubenhäuser mit Betreuung geben.

Dort wird die Anzahl der Tauben fair kontrolliert – ohne den Tieren zu schaden.

2. Klare Regeln für das Füttern von Tauben

Tauben sollen artgerechtes Futter bekommen.

Pauschale Fütterungsverbote sollen abgeschafft werden.

Stattdessen gibt es feste Fütterungsplätze mit Regeln.

3. Mehr Wasserstellen für Tauben

In der ganzen Stadt sollen Wasserstellen für Tauben aufgebaut werden.

Besonders im Sommer.

4. In Offenbach sollen bestimmte Dinge mit Tauben nicht erlaubt sein

Taubenrennen, Trainingsflüge und Hochzeitstauben

sollen in Offenbach nicht verboten werden.

5. Bundesweites Verbot fordern

Offenbach soll sich dafür einsetzen,
dass Taubenrennen, Hochzeitstauben und Trainingsflüge
in ganz Deutschland verboten werden.

6. Alle Freigängerkatzen kastrieren und registrieren

Freilaufende Katzen müssen kastriert werden.

Sie brauchen einen Chip und eine Registrierung.

So weiß man, wem die Katze gehört.

Und es gibt nicht zu viele Katzen.

7. Kastration soll günstiger werden

Die Stadt soll jedes Jahr Kastrations-Aktionen anbieten.

Tierschutzvereine und Tierärztinnen und Tierärzte helfen dabei.

Die Stadt bezuschusst die Kosten.

8. Offizielle Futterstellen für Katzen

Futterstellen für freilebende Katzen sollen erlaubt werden.

Sie werden von Tierschutzvereinen oder Ehrenamtlichen betreut.

9. Aufklärung über Katzenhaltung

Die Stadt soll informieren:

Warum Kastration wichtig ist.

Wie man verantwortungsvoll mit Katzen umgeht.

Schulen, Kitas und Bürgerinnen und Bürger sollen einbezogen werden.

10. Blumenwiesen statt Rasen – kein Gift mehr

Zierrasen auf öffentlichen Flächen sollen zu Wildblumenwiesen werden.

Pestizide sollen verboten werden.

11. Naturnahe Gärten und Balkone fördern

Die Stadt soll beraten und belohnen,
wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Gärten und Balkone tierfreundlich gestalten.

12. Häuser für Tiere und Schutz für alte Bäume

Es sollen Nisthilfen für Wildbienen aufgebaut werden.
Totholz, Hecken und Brachflächen müssen erhalten bleiben.

13. Weniger Licht – mehr Schutz für nachtaktive Tiere

Die Stadt soll tierfreundliche Beleuchtung verwenden.
So wird die Lichtverschmutzung weniger.

14. Wasser für Wildtiere – Mitmachen erwünscht

In Parks und auf Plätzen sollen dauerhaft Wasserstellen stehen.
Die Stadt soll Bürgerinnen und Bürger motivieren,
selbst Wasser anzubieten.

15. Böden öffnen – Natur zurückgeben

Neue Flächen sollen nicht mehr zubetoniert werden.
Bestehende versiegelte Flächen sollen wieder geöffnet werden.